

Buchbinder-Zeitung

Erscheint Sonntags.
Abonnementpreis 1,00 Mark pro
Quartal erst. Bestellgeld. Bestel-
lungen nehmen an alle Post-
anstalten, sowie die Expedition,
Berlin S. 59, Urbanstr. 63 I.

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Inserate
pro hiergehaltene Zeile 6 Pf.
für Bandmitglieder 40 Pf.;
Stellungsangebote 40 Pf.; Beram-
tungsangelegenheiten 20 Pf. Privat-
anzeigen je Zeile 20 Pf.

Nr. 15.

Berlin, den 6. April 1913.

29. Jahrgang.

Kollegen! Kolleginnen! Achtet auf die Jugend!
Gebt ihr Aufklärung über unsere Bestrebungen und organisiert sie!

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Nachstehend genannte Orte haben die ihnen
gesandten Rechnungen trotz Mahnung nicht be-
zahlt: Ebersbach-Neugersdorf 1,60 Mk., Heidel-
berg 8,80 Mk., Stolenz 3,20 Mk., Reimscheid
1,90 Mk. und Gan 1 Berlin 23,40 Mk.

Wir erziehen die Funktionäre dieser Zahl-
stellen, uns den angegebenen Betrag unperzö-
glich einzusenden.

Der Verbandsvorstand.

Der Wert unserer Sozialversicherung.

Der modernen sozialpolitischen Arbeiterversicherung
liegt die richtige Erkenntnis zugrunde, daß es Auf-
gabe der Gesellschaft ist, für ihre Mitglieder zu sorgen,
die wegen Krankheit, Unfall usw. aus der Bahn des
Erwerbslebens geschleudert werden. In Deutschland
hat sich die Arbeiterversicherung am frühesten ent-
wickelt. Das ist kein Zufall. Die Schaffung der Ar-
beiterversicherungsgeetze ist nicht die Großtat irgend-
eines Kaisers, sondern lediglich eine Konzession der
Regierung auf die Forderung der schon frühe er-
wachten Arbeiter. Bismarck selber sagte einmal, daß
wir auch das höchste Sozialpolitikk nicht haben wür-
den, wenn wir keine Arbeiterbewegung hätten und
wenn es nicht Leute geben würde, die sich vor ihr
fürchteten. Nachdem nun in den achtziger Jahren
des vergangenen Jahrhunderts der Stein ins Rollen
gekommen war, gab es kein Zurück mehr. Trotz der
Schwierigkeiten der Industriellen und Junker hat
die Versicherung im Laufe der Jahrzehnte weiter
ausgebaut und durch Erhöhung der Leistungen ver-
bessert werden müssen.

Freilich: eine ausreichende Fürsorge
bietet auch selbst die Reichsversicherungsordnung in
seinem Versicherungszweige. Was den Witwen- und
Waisen gegeben wird, ist der reine Hohn. Die sozial-
demokratischen Verbesserungsanträge wurden im
Reichstage fast durchweg abgelehnt. Erstens hatte
man keine Zeit, sich mit ihnen zu beschäftigen und
zweitens wäre angeblich die Belastung der Volks-
wirtschaft zu groß gewesen. Man hatte „berechnet“,
daß die Durchführung der sozialdemokratischen An-
träge 1200 Millionen Mk. kosten würde. Damit wollte
man diese Forderungen als ganz unsinnig hinstellen.

Letzten Endes haben bekanntlich die sozialdemo-
kratischen Abgeordneten gegen die Reichsversiche-
rungsordnung gestimmt. Von den bürgerlichen
Parteien schlossen sich ihnen nur einige Mitglieder
der fortschrittlichen Volkspartei an. Kürzlich ist
nun ein Buch von Professor M a n e s über „Moderne
Versicherungsprobleme“ erschienen. Hören wir, was
Manes zur Ablehnung der Reichsversicherungsord-
nung sagt: „Vieles läßt sich für, nicht wenig aber
auch gegen die Reichsversicherungsordnung sagen,
wenn man sie vom Standpunkt des Sozialpolitikers
als betrachtet, dessen Werturteil dadurch im wesent-
lichen beeinflusst wird, ob und wie die soziale Für-

sorge weiteren Kreisen und in höherem Maße als
bisher gewährleistet wird. Stellt man die
fortschritte in diesem Sinne den rück-
ständig gebliebenen oder gar ver-
schlechterten Bestimmungen gegen-
über, so ist es nicht immer ganz leicht zu
beweisen, daß jene diese übertreffen.“
Zu einem anderen Ergebnis gelangt man nach
Manes nur, wenn man den objektiven Standpunkt
verläßt. „Ob man in Zukunft daran geht, das Gebäude
immer höher zu bauen, neue Stockwerke und Eürme
aufzusetzen, es auch für Bevölkerungsteile einzu-
richten, die zum großen Teil besser gestellt sind, als
die heute bereits unter die soziale Versicherung Ge-
brochen, muß man am Landmann arbeiten, darf
man sich nicht scheuen, in den dunklen Keller dieses
Gebäudes zu steigen und hier Verbesserungen vor-
zunehmen. Den Fortschritt der sozialen Versiche-
rung sollte man nicht in der Weise fördern, daß diese
immer neue Volksteile mit höherem Einkommen
umschließt, sondern darin, daß sie die Armenplege
völlig verdrängt. Nicht nach oben, sondern nach
unten heißt es ausbauen.“ Wir sind aller-
dings der Meinung, daß sich der Ausbau nach oben
und nach unten sehr wohl vereinbaren läßt. Man
muß das eine tun und darf das andere nicht unter-
lassen.

Die vielgerühmte Witwen- und Waisen-
fürsorge sowie die Angestelltenversiche-
rung bezeichnet Manes als „gänzlich unzu-
reichend“. Bekanntlich erhalten nur invalide
Witwen eine Rente. Sozialdemokratische Vertreter
traten dafür ein, allen Witwen eine Rente zu ge-
währen und zwar in derselben Höhe, die der Ver-
storbene erhalten hätte, wenn er, statt zu sterben,
invalide geworden wäre. Die Witwen der Beamten
erhalten ja auch die Pension ohne Rücksicht darauf,
ob sie invalide sind oder nicht. Die Arbeiter-
witwen müssen erst warten, bis sie nicht mehr kriechen
können, um eine „Rente“ von 20 Pf. pro Tag zu er-
halten. Die Landesversicherungsanstalten machen
freilich dabei ein feines Geschäft. Bekanntlich sind
die Invalidenbeiträge mit Rücksicht auf die Witwen-
und Waisenfürsorge erhöht worden. Die Landes-
versicherungsanstalt Schlesien z. B. hatte im Jahre
1912 aus den erhöhten Beiträgen eine Mehreinnahme
von 8 Millionen Mark. Weil die Mitzahlung
an die Frauen Verstorbenen und an die Mädchen,
die sich verheiratet, nicht mehr erfolgt, wurden außer-
dem noch 800 000 Mk. gesparrt. Während die Mehreinnahmen
also 8 800 000 Mk. betragen, wurden für die
Witwen nur 120 000 Mk. ausgegeben! Das be-
deutet für die Versicherungsanstalt eine Ersparnis
von 8 680 000 Mk.! Ihr Vermögen beträgt jetzt
115 Millionen. Bei den anderen Versicherungs-
anstalten liegen die Verhältnisse ähnlich. Es sind
also genügend Mittel vorhanden, höhere Renten zu
zahlen.

Das Pensionsgesetz für Privatange-
stellte bezeichnet Manes als eine „politische

Aktion“, die vorgenommen wurde, um die Reichs-
tagswahlen in einer bestimmten Richtung zu beein-
flussen. „Die Wünsche einer großen Anzahl Ange-
stellter, die als Reichstagswähler möglicherweise ihre
Stimme der äußersten Linken gegeben hätten, sollten
erfüllt werden, um die weniger linksstehenden Par-
teien zu ver stärken.“ — So treibt die „obere Negation“
der Arbeiterpartei die Regierung auf allen Gebieten
vornwärts.

Manes hat auch richtig erkannt, warum man für
die Privatbeamten eine teure Sonderversiche-
rung schuf, statt einfach eine Angliederung an die
schon bestehende Invalidenversicherung vorzunehmen.
Er schreibt: „Die Vermutung, daß die Verührung
der dem Mittelstand angehörigen Angestellten mit
den Arbeitern jenseit radikalieren könnte, führte den
Gecegeber dazu, eine besondere, gänzlich neue, sehr
kostspielige und umerfindliche Organisation ins Leben
zu rufen. Der Umstand, daß unsere Angestellten-
versicherung ohne jeden äußeren Zusammenhang mit
der Invalidenversicherung, Alters- und Hinter-
bliebenenversicherung ist, andererseits aber zwei
Drittel aller derjenigen, welche unter die Ange-
stelltenversicherung fallen, auch auf Grund der Reichs-
versicherungsordnung invalidenversicherungspflichtig
sind, führt dazu, daß etwa 1/4 Millionen Personen
doppelt versichert sind. Diese haben hier wie dort
Beiträge zu zahlen, ihre Arbeitgeber haben doppelte
Marken zu lieben.“

„Bei aller Bewunderung der deutschen Sozialver-
sicherung“ muß Manes als objektiver wissenschaft-
licher Beobachter zugeben, daß „das schweizerische
Gesetz einer organischen Verbindung der Kranken-
und Unfallversicherung unser System aus zahlreichen
Gründen übertrifft“.

Nun kommt es aber schließlich weniger auf das
System als auf die Leistungen der Versiche-
rung an. Und auch hier müssen wir konstatieren, daß
Deutschland vom Ausland schon in manchen Punkten
überflügelt wird. In der Schweiz sind z. B. auch
Nichtbetriebsunfälle versichert. England
übertrifft seit dem Jahre 1911 die deutsche Sozialver-
sicherung nach verschiedenen Seiten ganz wesentlich.
Dort ist schon die Arbeitslosenversiche-
rung eingeführt worden, welche bei uns noch immer
als „utopistische Forderung“ gilt, weil sie in den
Augen vieler weiter nichts ist als eine „Prämie auf
Fauleit“. Außerdem hat England eine großzügige
Fürsorge für alle unbemittelte Bürger außerhalb der
Armenpflege. Die Unfallversicherung ist auch auf
zahlreiche Gewerbeberufe ausgedehnt
worden und der Invaliden- und Krankenversicherung
unterstehen noch weitere Kreise als bei uns. Das
„soziale Wunderland“ Australien und besonders
Neuseeland haben eine allgemeine Staatsbürger-
fürsorge, die darin besteht, daß jeder 65- oder 60-
jährige, der weniger als 52 Pfund (1062 Mk.) Ein-
kommen und weniger als 310 Pfund (6355 Mk.) Ver-
mögen besitzt und keine Freiheitsstrafe über ein ge-
wisses Maß verbüßt hat, bis an sein Lebensende eine

Denk aus allgemeinen Staatsmitteln erhält, ohne daß irgendwelche Beiträge dazu geleistet worden sind. Die Menge beträgt 30 bis 40 Mk. pro Monat. Auch Dänemark und Island haben eine Staatsbürgerfürsorge in diesem Sinne.

Je mehr die Arbeiterbewegung im In- und Auslande erstarkt, desto eher wird die Arbeiterbeschäftigung aller Staaten erweitert werden müssen.

Aus unserem Beruf.

Unternehmergewinne.

Die Lithographische Kunstanstalt Emil Birtau u. Co., Rt. Geh., in Leipzig, hat ein gutes Geschäftsjahr hinter sich. Der Abschluß für 1912 weist einschließlich Vortrag einen Gewinn von 194 891 Mk. (im Vorjahr 136 932 Mk.) auf. Bei Abschreibungen von 105 342 (78 511) Mk. soll der Generalversammlung eine Dividende von 12 (10 vom Hundert) vorgeschlagen werden. Nach Abzug der vertragsmäßigen Entlohnungen, Gratifikationen an Angestellte und Zuweisung des Arbeiterstiftungsontos bleibt ein Vortrag von 37 767 (31 774) Mk. auf neue Rechnung. Nach dem Bericht des Vorstandes ist der Geschäftsgang zurzeit rege, die Aussichten günstig.

Ein schmerzliches Mittel.

Die nach so schwer daniederliegende Berliner Luxuspapierbranche zu heben, hat der kürzlich wieder mal gegründete Verein der Steindruckereibesitzer Groß-Berlins erfinden. Um den Preisdrückern in den eigenen Reihen das Handwerk zu legen, will man „Kaufmannsabende“ einrichten, damit die verehrlichen Firmeninhaber lernen, wie man seine Arbeiten kalkulierend soll, um den Nächsten nicht gefährlich zu werden.

Diese Maßnahme dürfte un schwer auf die scharfe Kritik zurückzuführen sein, die der eigenartigen Geschäftspraxis verschiedener Berliner Firmen auf der letzten stattgefundenen Tagung der neuen Preiskonvention zuteil wurde.

Es scheint somit, als ob auch in die Reihen der Unternehmer „ungefernte Kräfte“ sich eingeschlichen haben, welche den Nachleuten Schmutzkonkurrenz machen, billiger arbeiten und durch ihre sonstigen Geschäftsmaximen ihnen gefährlich werden. — Also gewissermaßen ein Spiegelbild der Handlungsweise den Arbeitern gegenüber, die man als „betriebsförmlich“ die ganzen Jahre über in schrankenloser Weise geübt hat.

Ein in Menschenhaut gebundenes Buch.

bildete jüngst den Gegenstand eines Rechtsstreites in Berlin, wobei es sich um die Frage handelte, wieweil ein solcher — gewiß nicht alltäglich — Einband wert sei. Ein Kunstbuchbinder hatte einer Sortimentsbuchhandlung ein in „echte Menschenhaut“ (!) gebundenes Exemplar eines im übrigen wertlosen Buches zur Ausstellung übergeben. Während einer Reihe des Bestäuers wurde das Buch für 75 Mk. verkauft. Der Buchbinder verlangte später 450 Mk. Schadenersatz, da der Band gut diesen Wert respektierte. Ein als Sachverständiger geladener Buchbindermeister gab vor Gericht an, es existierten nur ganz wenige Einbände von Menschenhaut, ihm seien nur sechs bekannt; er schätze den Wert des in Rede stehenden Buches auf 150 bis 200 Mk. Vorgebracht wurde auch, daß der Buchhändler Durbon in Paris für ein ebensolches Buch 600 Frank verlangte. Man einigte sich schließlich auf Vorschlag des Richters auf 175 Mk. —

Daß jemand mit einem derartigen Erzeugnis ein Geschäft zu machen sucht, und daß sich überhaupt ein Käufer dafür findet, ist geradezu widerwärtig; erfreulich ist nur, daß, wie sich aus obiger Mitteilung ergibt, die Nachfrage nach solchen „geschmackvollen“ Einbänden anscheinend verschwindend gering ist.

Zum Verbandstag.

Beitragsleistung und Unterstüßungen.

Ein Verbandstag ohne Beitragssteigerung, so etwas scheint es gar nicht zu geben. Für diesmal sind nach der Aufstellung der Tabellen in Nr. 9 der „Buchbinder-Zeitung“ und nach dem begleitenden Text dazu die Kolleginnen diejenigen, deren Unterstüßungssätze im Verhältnis zu ihrer Beitragszahlung zu hoch sein sollen. Sehen wir uns diese Unterstüßungssätze einmal an. Bei der ersten Klasse — die nach der Berechnung in Nr. 9 eines Zuschusses von 1/4 Pf. bedarf — beträgt die Unterstüßung 7,89 Pfennig, das ist bei 20 Pf. Wochenbeitrag zwei Fünftel des Beitrages. Die vierte Klasse bezog pro Unterstüßung 29,87 Pf. Unterstüßung, das ist ziemlich die Hälfte ihres Wochenbeitrages von 65 Pf. Wer hat hier mehr bezogen? Meines Erachtens stehen sich die beiden Klassen in bezug auf die Höhe der bezogenen Unterstüßung gleich. Vergleichen wir die jetzige Tabelle mit derjenigen von 1909, die vor dem Ver-

bandstage in Erfurt herausgegeben wurde, so ergibt sich bei der ersten Klasse eine Abnahme der Unterstüßung von 8,4 Pf. auf 7,89 Pf. Bei der vierten Klasse dagegen eine Zunahme der Unterstüßung von 28,9 Pf. auf 29,87 Pf. Die zweite Klasse bezog 20,88 Pf. Unterstüßung, das ist mehr als die Hälfte ihres Beitrages von 35 Pf. und zwar soviel über die Hälfte, als der vierten Klasse an ihrer Hälfte fehlt. Bei der zweiten Klasse, die 7412 Mitglieder zählt, ist zu berücksichtigen, daß die Hälfte (3706) davon auf Berlin entfällt. Und wie die Arbeitslosigkeit in Berlin vorerwähnt ist, darüber gibt jedem der Artikel in Nr. 11 „Auf nach Berlin“ Auskunft. In Berlin stehen den 261 arbeitslosen Kollegen 259 arbeitslose Kolleginnen gegenüber. Davon sind 171 Buchbinder und 124 Kalzerinnen. Und diese erscheidend große Zahl der arbeitslosen Arbeiterinnen in Berlin beeinflusst naturgemäß die Unterstüßungshöhe der zweiten Klasse, weil, wie gesagt, Berlin die Hälfte aller Mitglieder der zweiten Klasse hat. Wenn das bei der vierten Klasse ebenso der Fall wäre, dann würde der Unterstüßungssatz pro Beitrag enorm in die Höhe schnellen. So aber gehören von den 10 656 Mitgliedern der vierten Klasse nur 3192 Berlin an. Das ist noch kein Drittel. Die übrigen zwei Drittel in der Provinz tragen dazu bei, daß sich die vierte Klasse — was die Unterstüßung anbetrifft — ein klein wenig besser stellt als die zweite Klasse.

Nachdem wir so gesehen haben, daß sich alle Klassen — eine Ausnahme macht die dritte Klasse, die etwas über zwei Fünftel ihres Beitrages als Unterstüßung verbraucht — in bezug auf reine Unterstüßung ziemlich gleich bleiben, betrachten wir uns nun die Verwaltungsausgaben, wie sie in der Tabelle niedergelegt sind. Dieselben betragen für die erste Klasse 12,35 Pf., für die zweite Klasse 13,35 Pfennig, für die dritte Klasse 16,35 Pf. und für die vierte Klasse 18,35 Pf. Folgende Tabelle zeigt, wie die gleichmäßige Verteilung der Verwaltungskosten im Verhältnis zu den einzelnen Klassen und deren Unterstüßungssätzen stehen.

Klasse	Unterstützung Pf.	Verwaltungskosten Pf.	Im Verhältnis zur Unterstüßung mehr weniger	Der Verwaltung vom Beitrag verbraucht
1	7,88	12,35	4,99	3/5
2	20,88	13,35	—	2/5
3	11,88	16,35	4,62	3/4
4	29,87	18,35	—	1/4

Hierbei ist in die Augen springend, wie durch die Berechnung der Verwaltungskosten die erste Klasse belastet wird. Die Verwaltungskosten betragen also pro Beitrag bei der ersten Klasse 4,99 Pf. mehr als die Unterstüßung pro Beitrag ausmacht. Die vierte Klasse dagegen bezieht 11,52 Pf. pro Beitrag mehr Unterstüßung, als sie zu den Verwaltungskosten herangezogen wird. Oder anders gesagt: Von den Beiträgen der ersten Klasse werden drei Fünftel, von der zweiten Klasse zwei Fünftel, von der dritten Klasse nicht ganz zwei Fünftel und von der vierten Klasse etwas über ein Viertel zu Verwaltungszwecken verbraucht. Nun heißt es in dem angezogenen Artikel in Nr. 9:

„Nun hat unser Verband aber neben den Ausgaben für Unterstüßungen auch noch andere Aufwendungen zu machen, die alle Mitglieder — gleichgültig ob männlich oder weiblich — gleichmäßig belasten. Das sind die Ausgaben für Agitation, Verwaltung, Verbandsorgan, die diversen Ausgaben bei Streiks und Lohnbewegungen für die Streikleitung, Fortschaffen Juagereiser usw. und zuletzt auch noch die nach der Beitragshöhe abgestuften Anteile der Vorkassisten.“

In dem letzten Satze liegt schon der Widerspruch des vorhergehenden. Warum zahlt die Zentralkasse an ihre Zahlstellen nicht den gleichen Betrag für alle Klassen? In den vorhergehenden Sätzen spricht sie sich doch dahin aus, daß alle Mitglieder die gleiche Arbeit machen! Oder sollten die Mitglieder nur der Zentralverwaltung die gleiche Arbeit machen, den Ortsverwaltungen aber nicht? Oder warum zahlt z. B. Berlin seinen Vertrauensleuten für das Einfrieren der Beiträge pro männliches Mitglied und 13 Beiträge 10 Pf. und pro weibliches Mitglied und 13 Beiträge nur 5 Pf.? Kassieren sich etwa die Beiträge der weiblichen Mitglieder um die Hälfte leichter als die der männlichen Mitglieder?

Sicher wird bei diesen Bestimmungen die Beitragshöhe maßgebend gewesen sein. Und das ist nur natürlich und recht. Verlangen wir doch vom Staat, daß die Steuerlasten prozentual des Einkommens getragen werden und darum wäre es nur billig, die Verwaltungskosten prozentual des Beitrages zu berechnen. Eine solche Anwendung von gewerkschaftlichem Grundsatze finden wir auch in den ersten beiden Absätzen des Artikels „Beitrag und Unterstüßung“ in Nr. 10 der „Buchbinder-Zeitung“. Aber ob die dort geforderte Erhöhung von 5 Pf. das Resultat

zeitigen wird, einen Ueberdruck in dieser Höhe zu bringen, mag ich stark zu bezweifeln. Zieht man auch hier die Tabelle von 1909 zum Vergleich heran, so findet man, daß die Verwaltungskosten in diesen zwei Jahren um 1,35 Pf. pro Beitrag gestiegen sind. Es wird kein Beschluß sein, wenn ich annehme, daß bis zum Verbandstage 1916 die Verwaltungskosten auf 15 Pf. pro Beitrag gestiegen sein werden. Von den vorgesehene 4 1/2 Pf. werden nur noch 2 Pf. übrig bleiben. Nun braucht nur eine sture Gewächtslage zu kommen, die eine erhöhte Arbeitslosigkeit im Geolge hat und schon ist der von den 5 Pf. Beitragserhöhung verbleibende Teil zum Kampfzonds gleich Null. Ebenso verhält es sich mit der zweiten Klasse.

Die prozentuale Verteilung der Verwaltungskosten ist auch noch darin begründet, daß man doch nicht eine Klasse mit über drei Fünftel des Beitrages belasten kann. Weiter ist zu bedenken, daß die Hälfte unserer Mitglieder weibliche sind. Bei den Verhältnissen unseres Berufes werden in Zukunft die weiblichen Mitglieder die weitaus größere Hälfte des Verbandes ausmachen. Das bedingt die Anpassung der Verwaltungskosten nach den tatsächlichen Einnahmen. Eine stetige Beitragserhöhung wird nicht immer durchzuführen sein, denn das Einkommen der Arbeiterin ist nicht derartig, daß es eine unbegrenzte Erhöhung zuließe.

Es ist zwar wohl verbreitet, daß die Buchbinderarbeiterinnen enormes Geld verdienen sollen. In manchen Kreisen spuken sogar 50 und 60 Mk. herum. Alle diese Leute verweise ich auf Seite 85 unserer statistischen Erhebungen. Da können sie finden, daß der Durchschnittslohn unserer Kalzerinnen in Berlin im Jahre 1910 bei 53 Stunden pro Woche 18,54 Mk. betrug. Der derzeitige Tariflohn war 17,28 Mk. Unsere Kalzerinnen arbeiten mit wenigen Ausnahmen im Afford. Und trotzdem erzielt sie nur einen Durchschnittslohn, der um 1,26 Mk. höher war als der Minimallohn. Die Verhältnisse sind seit 1911 nach Aushebung des Berliner Mächdentarifes und Einführung der neuen Normalberechnung noch schlechtere geworden. Man wird hier vielleicht einwenden, an der Statistik haben sich zu wenig beteiligt. Dem ist aber nicht so. 1654 Berliner Arbeiterinnen haben sich an derselben beteiligt bei 1911 im Berufe beschäftigten, davon 1669 organisiert waren. Man kann also wohl sagen, daß sich alle beteiligt haben. Weiter ist auf Seite 85 der statistischen Erhebungen zu lesen, daß nur noch 11 Personen einen Durchschnittslohn von 26 Mk. hatten.

Sehen wir uns im Vergleich dazu die Kollegen in Berlin an. (Seite 82.) Dieselben hatten bei 53 Stunden einen Durchschnittslohn von 35,48 Mk. Der Tariflohn betrug 1910 28 Mk. Die Gehilfen arbeiten vorherrschend in Stundenlohn, und doch erzielt sie ein Mehr von 7 Mk. pro Woche über ihren Minimallohn. Man zählt auch bei ihnen noch 25 Personen, die einen Durchschnittslohn von 45 Mk. haben.

Nehmen wir nun auch noch den Durchschnittslohn der insgesamt an der Personalstatistik Beteiligten (Seite 45), so erhalten wir bei den Gehilfen einen Durchschnittslohn von 26,21 Mk. Bei den Arbeiterinnen einen solchen von 12,52 Mk. Diese Durchschnittslöhne angewendet auf die Höhe der Verbandsbeiträge ergibt, daß die Arbeiterinnen, die in die zweite Klasse steuern, 3 Proz. ihres Verdienstes als Verbandsbeitrag abführen, während die Gehilfen, die in die dritte Klasse steuern, nur 2 1/2 Proz. ihres Verdienstes als Verbandsbeitrag zahlen. Und darum, sollen Opfer gebracht werden, so sollen nicht nur die schwächsten Schultern belastet werden. Das würde geschehen, wenn man nur die erste und zweite Klasse erhöhen und die vierte Klasse frei ausgehen lassen würde.

In jeder Nummer unserer Zeitung kommen jetzt Artikel über die Beitragsleistung und unsere Unterstüßungen. Wir haben aus den Artikeln der Redaktion gesehen, daß die erste Klasse ein Defizit macht, die zweite Klasse einen kleinen Ueberdruck hat. Nach meinem Ermeßen sollten doch unsere weiblichen Mitglieder hierzu Stellung nehmen. Man sollte meinen, bei unserer großen Zahl weiblicher Mitglieder müßten sich unter diesen einige finden, die in dieser wichtigen Angelegenheit ihre Meinung äußern. Schreiber dieses hat sich die Mühe gemacht und die Statuten anderer Gewerkschaften, in denen auch weibliche Mitglieder in Masse vertreten sind, durchgesehen. Da habe ich überall gefunden, daß die weiblichen Mitglieder bei uns immer noch am besten fahren. Fast überall ist der Beitrag der ersten Klasse höher als bei uns!

Man hat uns ausgerechnet, daß bei den jetzigen Beiträgen unsere Organisation keine Rücklage für

den Stamppfunds machen kann. Infolgedessen ist es unsere Pflicht, höhere Beiträge zu zahlen. Wenn wir in den ersten zwei Klassen nur je 5 Pf. pro Woche mehr erheben, soll man nicht einwenden, dies können unsere Mädden und Frauen nicht leisten. Nichtige Sachen wird mehr als das Doppelte verursacht! Daher ist es nur von Nutzen, wenn sie daran gewöhnt werden, höhere Beiträge zu zahlen. Selbstredend dürfen dann die Unterstützungen nicht gekürzt werden. Dabei soll man auch nicht vergessen, daß ältere Mitglieder mit 10-15jähriger Mitgliedschaft mehr erhalten müssen als solche mit fünfjähriger Mitgliedschaft. Vor allem ist es nötig bei allen 4 Klassen: Festsetzung der Leistungen an Beiträgen nach der Höhe des Lohnes. Auch die obligatorische Einführung der Invalidenunterstützung in der dritten Klasse ist ein dringendes Bedürfnis. Schauen wir uns die dritte Klasse etwas näher an, dann finden wir, daß dieselbe am besten steht. Woher kommt dies? Vor allem wohl sind in dieser Klasse Kollegen, die in dauernden und gut bezahlten Stellen sind. Nach meiner Meinung sind es doch keine gefunden Verhältnisse, wenn Kollegen 30 Mk. und mehr verdienen und sie sind dann Mitglieder der dritten Klasse. In der Provinz und in Mittelstädten sind meistens die Kollegen, wenn sie über 20 Mk. verdienen, in der vierten Klasse.

Es sind jetzt schon verschiedene Stimmen laut geworden um Erhöhung der Streikunterstützung, vor allem plädiert Kollege F. W. dafür: da ist es unbedingt nötig, eine Erhöhung des Beitrages um 10 Pf. der dritten und vierten Klasse vorzunehmen. Soll aber die Streikunterstützung erhöht werden, dann vor allem auch die Arbeitslosenunterstützung für die Kollegenchaft mit einer 10-15jährigen Mitgliedsdauer. Nach unserem Statut bekommt man heute nach fünfjähriger Mitgliedschaft die Woche 12,25 Mk. Arbeitslosenunterstützung. Wie soll ein Kollege, der Familienvater ist, mit diesen 12,25 Mk. auskommen? Wer bis 24 oder 27 Mk. verdient — und dies haben nicht alle —, der kann an einen Sparfennig nicht denken. Leider ist so ein Kollege, der das Unglück hat, arbeitslos zu werden, gezwungen, jede Stelle anzunehmen, die sich ihm bietet, gleichgültig, ob dieselbe tariflich bezahlt ist oder nicht. Daher ist es unsere Pflicht, dafür zu sorgen, daß die älteren Kollegen etwas mehr erhalten als bis dato. Mancher zahlt lieber 10 Pf. pro Woche mehr, damit er sich im Falle der Arbeitslosigkeit einigermaßen über Wasser halten kann!

Man kann heute keine Unterstützungsätze reduzieren; lieber einen kleinen Zuschlag zum Beitrag als wie Abzug von den Unterstützungsätzen. Klingler.

Arbeitslosenunterstützung.

Viele Kollegen sind stets bemüht, solche Gewerkschaften, welche Unterstützungsanrichtungen aufgenommen haben, den Charakter der Kampforganisation abzusprechen. Wenn man nun von der Arbeitslosen-, Kranken- und Invalidenunterstützung absieht, so mögen jene Idealisten recht haben. Es liegt nun außer allem Zweifel, daß wir, mit einer guten Arbeitslosenunterstützung ausgerüstet, den Kampfscharakter viel besser zu wahren imstande sind. Wir befinden uns doch nicht nur im Kampf, wenn wir bei Lohnbewegungen als geschlossene Klasse dem Unternehmertum entgegenreten, sondern zu jeder Zeit und jeder einzelne von uns führt ständig einen Kampf, den Kampf ums Dasein. Hier müssen wir uns nun die Frage vorlegen: „Können wir den Kampf ums Dasein so führen, wie es unbedingt erforderlich ist?“ Ohne Zweifel muß man diese Frage verneinen; denn der Wert unserer Arbeitslosenunterstützung steht in gar keinem Verhältnis zu den heutigen Lebensbedingungen. Es ist unbedingt erforderlich, diesem Unterstützungsweig die größte Aufmerksamkeit zuzuwenden. „Besser geleiert wie gefeiert“, sagt ein altes Sprichwort und ich glaube, in gewissem Sinne hat es auch heute noch seine Berechtigung. Ein Kollege, welchem im Falle einer Arbeitslosigkeit eine dem heutigen Geldwert angemessene Unterstützung zuteilt, wird niemals seine Arbeitskraft zu billig verkaufen. Aber ein Kollege, welcher keine oder eine nichtausreichende Unterstützung erhält, wird sich nicht lange über Wasser halten können. Wo der Magen hängt an zu kurzen, da hört der Verstand auf zu reden und der größte Kampfidealist wird dann zum Lohnbrüder werden. Mit den gesteigerten Lebensbedingungen hat unsere Arbeitslosenunterstützung nicht gleichen Schritt gehalten und eine Erhöhung dieses Unterstützungsatzes ist daher eine Notwendigkeit und sei es auf Kosten der Hinterbliebenen- und Umzugsunterstützung. Da allerdings nicht anzunehmen ist, daß der Verbandstag diese Unterstützungsätze reduziert, so wäre das praktischste Mittel die

Schaffung einer höheren Beitragsklasse

und vor allem die Berechnung der Beitragszahlung nach Verdienst; dann würden auch jene Druckberger, welche oft im Verhältnis zu anderen recht hohe Löhne

haben, gezwungen sein, in einer höheren Klasse zu steuern. Den Nutzen würden sie ja selbst vielleicht einmal am eigenen Leibe spüren. Ferner wäre es allen jenen Kollegen, welche sich eine höhere Lebenshaltung geschaffen haben, ermöglicht, bei evtl. eintretender Arbeitslosigkeit auch angemessener gestützt zu sein.

Ich möchte nun dem Verbandstag folgende Skala empfehlen: „Es müssen neuern in der ersten Klasse alle Mitglieder, welche bis zu 12 Mk. verdienen, in der zweiten Klasse solche bis 18 Mk., in der dritten Klasse bis 24 Mk., in der vierten Klasse bis 30 Mk. und alle, die über 30 Mk. verdienen, in der fünften Klasse, die neu zu schaffen ist. Die Beitragshöhe wäre mit 1 Mk. wohl angemessen. Nach dieser Skala könnte dann auch für die beiden ersten Klassen der Beitrag um je 5 Pf. erhöht werden, wie es aller Voraussicht nach der Verbandsvorstand beantragen wird. In bezug auf die Schaffung der fünften Beitragsklasse möchte ich noch bemerken, daß die Buchdrucker bei 24-31 Mk. 1,50 Mk. ohne Lokalbeitrag zu entrichten können, so werden unsere besser entlohnenden Kollegen wohl auch 1 Mk. erschwigen können.“

Dem Wunsch des Kollegen G.-sch., in der dritten Klasse die Invalidenunterstützung obligatorisch einzuführen, kann ich unbedingt beitreten. Zur Frage des Industrieverbandes siehe ich vollständig auf dem Standpunkt der redaktionellen Notiz in Nr. 7 der „Buchbinder-Zeitung“: Man soll sich nicht anderen aufdrängen. Wir haben unser Möglichstes getan und die Zeit wird lehren, daß die Gegner, also die Buchdrucker, ganz von selbst diese Frage noch einmal anschnitten werden.

St. Eisenach.

Ausgestaltung der „Buchbinder-Zeitung“.

Die Besprechung der Aufgaben des bevorstehenden Verbandstages bewegt sich bis jetzt in einem ziemlich engen Rahmen. Die Agitation, andere Abmessung der Leistungen und Beiträge, etwas vom Industrieverband bilden den Stoff der Anregungen. Es sei mir deshalb gestattet, die Aufmerksamkeit etwas auf unser Organ zu richten. Nach Statut und Übung ist dieselbe bestimmt, den Kampf des Verbandes um die Besserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu unterstützen, daneben aber noch bildend und aufklärend zu wirken. Der errienen Aufgabe ist die „Buchbinder-Zeitung“, wenn über die Art und Weise auch schon zu Zeiten Meinungsverschiedenheiten bestanden haben und wohl immer bestehen werden, restlos nachzukommen. Anders mit den aufklärenden und bildenden Bestrebungen. Diese mußten sich stets den eigentlichen Aufgaben des Verbandes unterordnen, sie wurden nur insoweit berücksichtigt, als der knappe Raum der Zeitung nicht anderweitig für augenblicklich wichtigere Fragen des Verbandes gebraucht wurde. Bei den aufklärenden Artikeln ist den sozialpolitischen Fragen zumeist ausreichende Berücksichtigung geworden, nicht aber der **Technik**. Vielleicht ist von jeder der fachtechnischen Ausbildung und Belehrung etwas zu wenig Wert beigelegt worden, wie es in allen Verbänden der Fall war. Das war nach meiner Ansicht nicht die bewußte Zurücksetzung der Fachtechnik, sondern die vorzugsweise Berücksichtigung der auf die Verbesserung der Verhältnisse gerichteten Bestrebungen war angesichts der trostlosen Existenzbedingungen fast aller unserer Berufsangehörigen eine dringende Notwendigkeit, der um jeden Preis genügt werden mußte. Dann hat der Verband in jahrzehntelanger Arbeit wohl die schlimmsten Mängel beseitigt, wenn auch fast überall und besonders in zurückgebliebenen Gegenden noch viel zu tun übrig geblieben ist. Bei der heutigen Größe und Bedeutung des Verbandes kann sich seine Tätigkeit aber hierin nicht erschöpfen, sondern es ist nunmehr an der Zeit, planmäßig die Förderung der Fachtechnik zu betreiben.

In den letzten Jahren haben eine Anzahl der größeren Verbände entweder spezielle Zeitschriften für die fachtechnische Schulung der Mitglieder herausgegeben oder wenigstens regelmäßig fachtechnische Beilagen zum Organ geschaffen. Andere, wie die Buchdrucker, fördern durch lokale Vereinigungen die Mitglieder in dieser Hinsicht. Welcher Weg der bessere ist, soll hier unentschieden bleiben. In Kurien haben schon manche unserer Zellstellen die Ausbildung der Mitglieder versucht, sind dabei naturgemäß über Spezialfächer wie Vergolden und Warmmalieren nicht hinausgekommen. Hierin soll sich aber die Fachtechnik nicht erschöpfen. Was für die Mitglieder und den Verband an sich nötig ist, scheint mir die sorgfältige Beobachtung der Entwicklung der **Maschinentechnik** zu sein. Nicht nur in der Buchdrucker, sondern auch in den unappassender Weise in **„Lebensbränden“** bezeichneten Berufen machen sich immer kompliziertere Maschinen bemerkbar, die auf den Arbeitsprozeß und damit auf die Gestaltung der Arbeitsbedingungen von größter Tragweite sein können. Bei der ausgebildeten Technik ist vielleicht

nicht anzunehmen, daß ganz neue Gebilde an Maschinen auftauchen, aber die Erfahrung lehrt uns, daß die vorhandenen „eisernen Kollegen“ stets besser ausgestattet, immer leistungsfähiger gemacht werden. Auf diese Entwicklung sollten unsere Verbandsmitglieder nicht erst dann aufmerksam werden, wenn so ein neues Ereignis auftaucht und etwas Schwierigkeiten bei der Lohnbemessung oder bei der Beschäftigung unpassender Arbeitskräfte entstehen. Darüber sollte die „Buchbinder-Zeitung“ aufklären, und der Verbandstag muß Redaktion und Verlag in den Stand setzen, dieser Aufgabe nachkommen zu können. In den heutigen Rahmen der Zeitung wird sich eine Beilage kaum einfügen lassen, denn der Raum ist schon heute außerordentlich knapp. Eine etwa monatliche oder halbmönatliche Beilage kommt un- verhältnismäßig teuer bei der für sie sehr nachdrastigen Berechnung der Betriebsdrucker. Von einer **eigenen Druckerei** wird unser Verband wohl noch ziemlich weit entfernt sein; eine Vermehrung der regelmäßigen Seitenzahl wird wohl kaum auf Annahme rechnen können, und so bliebe dem Verbandstage nichts weiter übrig, als eine Formatänderung vorzunehmen. Mit einer Vergrößerung um 5-10 Zentimeter in Breite und Höhe wird erheblich mehr Raum geschaffen, von dem in regelmäßiger Folge, etwa halbmönatlich eine Seite oder jeden Monat zwei Seiten für eine fachtechnische Abteilung der Beilage reserviert bleiben könnten. Damit wären für die Zukunft nicht alle Wünsche zu befriedigen, aber es ist doch einmal ein Anfang gemacht.

Der Verbandsvorstand könnte wohl auch einmal Versuche unternehmen, eine Verbilligung der Herstellung unserer Zeitung zu erzielen. Wenn die „Vorwärts-Druckerei einer Gewerkschaft, die sich eine eigene Druckerei errichtet, als Abstandssumme eine hohe Summe zahlen kann, dann haben die Gewerkschaften, die mit ihren Organen die großen Heberschüsse der Druckerei zahlen, auch das Recht und die Pflicht im Interesse der Mitglieder zu sehen, ob die Druckerei die Verbände nicht übersteuert. Besondere Rücksichten sind darin nicht angezeigt, denn diese Druckereien haben unserem Verbande gegenüber zur **Taristreu**e auch erst ertragen werden müssen, eine nicht gerade angenehme Tätigkeit, die leider hier und da noch nötig wird. Sollen unter allen Umständen mit dem Druck unserer Zeitung Arbeiterunternehmungen unterstützt werden, dann gibt es in Berlin noch **Verbandsdruckereien**, die wohl gerne noch Aufträge übernehmen und den Druckergebnissen der seitherigen Druckerei gegenüber besseres bieten.

Schließlich noch über das Aussehen der Zeitung mit zwei verschiedenen Schriftarten. Der Text ist in deutscher, der Inseratenteil in gemischter, die für das Ausland bestimmten Absätze sind in lateinischer Schrift gedruckt. Eine Einheitlichkeit darin wäre sehr angezeigt und zu erzielen dadurch, daß auch unsere Zeitung, wie schon verschiedene Gewerkschaftsblätter, durchweg in Antiquaschrift gedruckt würde. Damit ist die **Lesbarkeit** besorgt, ein gesälligeres Aussehen erzielt und dem Auslands das Studium unserer ganzen Zeitung ermöglicht, ganz abgesehen von der besseren Lesbarkeit der lateinischen Schrift.

Diese Wünsche lassen sich mit verhältnismäßig geringen Mitteln durchführen. Einwige **Rechtsisten** lassen sich durch Ersparnisse auf der anderen Seite ausgleichen. Selbst wenn die Aufwendungen aber etwas höher werden, lassen sie sich rechtfertigen dadurch, daß der Verband sich unmöglich länger der fachtechnischen Ausbildung und Aufklärung der Mitglieder entziehen kann. Nicht nur in die Breite soll unsere Bewegung gehen, sondern auch in die Tiefe, beides ist zur Erfüllung unserer Aufgaben notwendig.

M. Fette.

Bericht vom Gauig des Gaues 1.

Abgehalten am 23. März 1913 in Potsdam.

Am 23. März fand in Potsdam unser Gauig statt. Anwesend waren: Der Bezirksleiter Würzberger; vom Gauvorstand Lemser, Gerber und Petermann; ferner als Delegierte von Berlin: Lucie Krzemin, Rüger, Stephan, Wippold; von Ludenwalde: Krahle, Fleischer, Kreischnar; von Rathenow: Ulrich, Dalge, Fritzsche; von Brandenburg: Krause; von Potsdam: Sieg und Hennig; von Nolltbus: Mieting und Kujan; von Frankfurt a. O.: Schrapott; von Nimmewalde: Klein; von Eberswalde: Brauns; von Neudamm: Trilpensee; von Neuruppin: Wöller; von Spremberg: Gieroch; von Frenslau: Winkler; von Bernau: Wiggert; von Jossen: Schwach.

Die Tagesordnung lautete:

1. Geschäfts- und Massenbericht des Gauvorstandes. Berichterstatter Lemser.
2. Der Verbandstag in Stuttgart. Referent Würzberger.
3. Wert und Nutzen der Arbeitsnachweise. Referent Rüger.
4. Beratung der Anträge.
5. Verschiedenes.

Hierzu waren folgende Anträge gestellt worden:
 1. Gauvorsitzand: Der von der Zahlstelle bezw. Einzelmitgliedern zu leistende Gaubeitrag wird wie folgt festgesetzt: Zahlstellen bis zu 25 Mitgliedern pro Jahr 5 Mk., von 26 bis 50 Mitgliedern pro Jahr 10 Mk., von 51 bis 150 Mitgliedern pro Jahr 15 Mk., von 151 bis 300 Mitgliedern pro Jahr 20 Mk., Zahlstellen über 300 Mitglieder pro Jahr und Mitglied 5 Pf., jedoch nicht unter 20 Mk., Zahlstelle Berlin pro Jahr 300 Mk., Einzelmitglieder pro Monat 10 Pf., derselbe ist mit Beginn des Monats zu entrichten.

Der dadurch angefallene Fonds wird neben der Verrichtung der Kosten der Gantage dazu verwandt, ausgesetzten oder noch nicht bezugsberechtigten Mitgliedern, soweit dieselben mindestens 13 Beiträge geleistet haben, oder in Not geratenen Mitgliedern auf ihren Antrag eine Unterstützung zu gewähren. Die Höhe bezw. Dauer derselben unterliegt dem Beschlusse des Gauvorstandes, darf aber in der Regel 20 Mk. nicht überschreiten.

2. Potsdam-Kowales: Die Zahl der Delegierten zum Gantag erfolgt nach Maßgabe der Mitgliederzahl. Es können gewählt werden: In Orten und Zahlstellen bis 50 Mitglieder 1 Delegierter, bis 100 Mitglieder 2, bis 250 Mitglieder 3, bis 500 Mitglieder 4, und über 500 Mitglieder 5 Delegierte.

3. Kottbus: Der Gantag solle dahin wirken, daß der in Stuttgart stattfindende Verbandstag die Gewährleistungunterstützung erhöht bezw. die Bezugshauer verlängert, weil dadurch den in der Agitation stehenden Kollegen, vor allen denen in den Provinzialstädten, ein besserer Hinterhalt geboten ist.

4. Mathenow: Dem § 26 Absatz 2 des Statuts folgende Fassung zu geben (analog dem § 18 Absatz 2): Die Krankennachversicherung beginnt mit dem vierten Tage der eingetretenen Krankheit usw.

5. Mathenow: Hat sich ein Mitglied innerhalb eines Jahres mehrere Male krank gemeldet, ohne Krankengeld bezogen zu haben, so sind ihm die durchgemachten Krankentage bei erneuter Krankmeldung in Ansatz zu bringen.

6. Mathenow: Lassen zwei Unterstützungssarten hintereinander, so fällt bei der zweiten Unterstützungssart die Strenge fort.

7. Mathenow: Die Schulden, die entlich des Streiks vom Jahre 1910 der Lokalkasse auferlegt sind, niederzuschlagen, d. h. auf die Verbandskasse zu übernehmen.

8. Mathenow: 1. Die Arbeitslosenunterstützung ist in allen vier Beitragsklassen und Unterstützungsklassen pro Tag um 25 Pf. zu erhöhen; 2. bei Mitgliedern, welche über 520 Beiträge geleistet, ohne Unterstützung bezogen zu haben, ist eine neue Stufe einzurichten, in der pro Tag 2,25 Mk. bezahlt wird.

Der Klassenbericht lag gedruckt vor.

Zu Vorstehenden werden Mitglieder Berlin und Siegfried Potsdam, zu Schriftführern Stephan Berlin und Friedrich Mathenow bestimmt. Als Revisoren werden Dalgo Mathenow, Kaschan-Kottbus und Mein-Finsterwald gewählt. Dem Kollegen Lemfer wird aus Anlaß seiner 10jährigen Tätigkeit im Gauvorstand von den Provinzialabteilungen eine Stabsuhr überreicht. Zum Ausbender der in den letzten zwei Jahren verstorbenen Vertrauensleute Pabst-Neuruppin, Weigel-Noritz und Hebbel-Spremberg erheben sich die Delegierten von den Plätzen.

Den Geschäftsbericht erstattet Lemfer. Er weist darauf hin, daß die Jahresberichte des Gau 1911 in der „Buchbinder-Zeitung“ Nr. 19/1912, der von 1912 in der „Buchbinder-Zeitung“ Nr. 12/1913 enthalten seien. Im Gau sind 42 Orte mit 1291 Betrieben und 28.100 Berufsangehörigen, davon sind 9806 organisiert. Die Mitgliederzunahme betrug im letzten Jahr 2403. In Mathenow und Brandenburg ist leider ein Rückgang der Mitglieder zu verzeichnen. Lohnbewegungen waren in Berlin, Brandenburg, Pommern, Oberschlesien und Posen erfolgreich, in Pommern ohne Erfolg. Hausagitationen, die in Mathenow und Kottbus mit Unterstützung des Gauvorstandes unternommen wurden, brachten einen guten Erfolg. In Kottbus stieg die Mitgliederzahl von 47 auf 150 Mitglieder. Lemfer führt Klage, daß die Gewerkschaftsarbeit es oft an der nötigen Unterstützung fehlen lassen und dadurch die Agitation nicht gefördert wird. Versammlungen wurden im Jahre 1911/12 60 vom Gauvorstand besucht resp. durch Referenten besucht. Mit 26 Orten, in denen 80 Einzelmitglieder vorhanden sind, hat die Gantageleitung Verbindung. Der Gauarbeitsnachweis hat sich ziemlich gut eingeführt. Wenn auch die Agitation noch schwierig ist, muß jeder seine ganze Kraft einsetzen, um Erfolge für die Organisation zu erringen.

In der Diskussion werden Beschwerden gegen die Gantageleitung nicht erhoben. Die Kollegen Ulrich Mathenow, Mühe-Ludewald, Kaschan-Kottbus, Wiggert-Vernau, Trippensee-Meudamm, Krause-Brandenburg und Kollegat Arzemin-Berlin bringen in der Diskussion ihre organisatorische Erfahrung zum Ausdruck.

Folgende zwei Anträge wurden eingebracht:
 1. Um eine intensive Agitation zu entfalten, sollen Kollegen aus anderen Orten die Agitation betreiben bezw. die Kollegen der anderen Orte in der Agitation unterstützen. Wir erwarten, daß der Gau 1 bezw. die Verbandskasse die Kosten trägt.
 2. Da sich in den einzelnen Orten zur weiteren Ausbildung, speziell der Funktionäre, wenig Gelegenheit bietet, wird der Gauvorstand beauftragt, durch Vorträge oder entsprechende Literatur fördernd einzugreifen.

Gerber wünscht, daß die Vertrauensleute die Vorarbeiten zu den Versammlungen besser erledigen. Die vorliegenden Anträge bittet er dem Gauvorstand zu überweisen. Stephan-Berlin macht auf die Jugendbewegung aufmerksam und erückt die Bitte, in ihren Orten für die Gründung von Jugendabteilungen einzutreten. Die Anträge werden dem Gauvorstand überwiefen.

Heber „Ausseren Verbandstag“ referiert. Würzberger. Unser Verbandstag wird sich nicht mit großen weltbewegenden Fragen zu beschäftigen haben, sondern es wird notwendig sein, daß man den inneren Ausbau der Organisation verbessert. Unsere Agitation hat sich im allgemeinen gut bewährt. Der Verbandstag müsse aber neue Richtlinien finden. Die Verursachung ist nicht richtig aufgestellt, denn nicht 80.000 Berufsangehörige kommen in Frage, sondern nur 50.000. Ein großer Teil der uns zugerechneten Berufsangehörigen ist überhaupt nicht für unseren Verband organisierungsfähig. Auch für Berlin ist die Zahl der Beruigen, die für uns in Frage kommen, zu hoch gegriffen, denn nur 15.000 Personen würden es ungefähr sein. Die Agitation zu verhindern, muß eine unserer Hauptaufgaben sein. Die Hausagitation sollte man nur unternehmen, wenn es angebracht ist. Für die Agitation lassen sich keine bestimmten Normen aufstellen. Für Lohnbewegungen kann der Verbandstag keine Taktik festlegen, die Erfahrung muß ausschlaggebend sein. Jedoch können bestimmte Richtlinien für die Vorbereitungen bei Lohnbewegungen aufgestellt werden.

Die Vertragsfrage dürfte einer der wichtigsten Verhandlungsgegenstände sein. Fast jeder Verbandstag hat bis jetzt eine Vertragsanhebung gebracht. Das wird in Stuttgart nicht der Fall sein. Wir müssen mal 6 Jahre vorüber gehen lassen, um richtige Erfahrungen über Beitrag und Unterstützung zu haben. Auf dem Verbandstage in Dresden ist man mit den Unterstützungseinrichtungen zu weit gegangen. Die Invalidenunterstützung wird uns ebenfalls noch viel Geld kosten. Neue Unterstützungseinrichtungen können nicht eingeführt werden. Beitragszahlung während der Krankheit oder Arbeitslosigkeit ist zu verbieten. Ein Pflichtbeitrag während des Bezuges von Arbeitslosen- oder Krankennachversicherung ist zu empfehlen. Die Berichte der Buchbinderzeitung, daß die erste Klasse einen Zustand erfordert, seien vorzüglich auszuweichen. Für Berlin treffe das nicht zu, im Durchschnitt würden 4 Pf. pro Beitrag in der ersten Klasse für Unterhaltungen aufgebraucht. Die Prozenze, die die Zahlstellen am Ort behalten, seien zu gering. Von den vorliegenden Anträgen könne er den Antrag 6 (Mathenow) empfehlen.

In der Diskussion werden die Anträge 3, 4, 5 und 6 von den einzelnen Rednern begründet und zur Annahme empfohlen. Antrag 8 wird juristisch abgelehnt. Antrag 3 und 6 werden angenommen. Antrag 4 und 5 werden abgelehnt.

Als Delegierter zum Verbandstag wird Lemfer einstimmig aufgestellt.

Heber „Arbeitsnachweise“ referiert. Müller-Berlin. Den Wert der Arbeitsnachweise bezweifelt heute niemand, jedoch sind die paritätischen Arbeitsnachweise die wertvolleren. Eine gute Arbeitsvermittlung ist notwendig, um die Tariflöhne zu halten. In allen Orten ist die Errichtung von städtischen Arbeitsnachweisen mit angegliederten Nacharbeitsnachweisen zu fordern. Die Arbeitsvermittlung sind unbedingt zu meiden, da dieselben nur zur Unterdrückung der Arbeiter dienen. Durch die Bekanntmachung des Verbandes ist die Arbeitsvermittlung gestiegen. Jede frei werdende Stelle muß umgehend beim Arbeitsvermittler gemeldet werden. Umfragen und Anfragen nach Arbeit ist unbedingt zu vermeiden, denn dadurch werden die Arbeitslöhne verflüchtigt.

Eine Diskussion findet nicht statt. Beim Punkt „Anträge“ wird der Antrag 1 und 7 angenommen. Antrag 2 wird abgelehnt. Angenommen wird der Antrag des Gauvorstandes:

Die Wahl der Delegierten zum Gantag erfolgt nach Maßgabe der Mitgliederzahl, und zwar können Zahlstellen bis 50 Mitglieder 1, Zahlstellen bis 150 Mitglieder 2, Zahlstellen bis 400 Mitglieder 3 Delegierte und Zahlstellen über 400 Mitglieder 4 Delegierte entsenden.

*) Die Angaben in unseren „Stat. Erhebungen“ beziehen aber auf den von Würzberger ausgefüllten Ortsfragebogen!

Die Zahl der Delegierten der Einzelmitglieder bestimmt der Gauvorstand.

Angenommen wurde ferner die folgende von Stephan-Berlin eingebrachte Resolution:

Die Forderung der Jugendbewegung bezw. die Auffassung der Lehrkräfte, jugendlicher Arbeiter und Arbeiterinnen über die Bestimmung der Organisation, sowie Veranlassung zu derselben, ist als eine unserer wichtigsten Aufgaben zu betrachten.

Um dieser Aufgabe gerecht zu werden, empfiehlt der Gantag den Delegierten, dahin zu wirken, in den Zahlstellen Jugendabteilungen zu schaffen und dort, wo Jugendauslässe bestehen, dieselben tatkräftig zu unterstützen.

Beischlossen wird noch, den Gantag 1915 in Frankfurt a. L. abzuhalten. Zum Schluß bringt Müller den Dank der Delegierten des Gantages der Zahlstelle Potsdam zum Ausdruck, desgleichen dem Gesangsverein Gutenberg, der zum Momente gesungen hat.

Mit einem Hoch auf den Deutschen Buchbinderverband erfolgte Schluß des Gantages.

Bericht vom Gantag des Gau 12.

Im Volkshaus in Chemnitz versammelten sich am 23. März die Delegierten des Gau 12. Gauleiter Pfübe entbot ihnen namens des Gauvorstandes ein herzlich willkommen. Als Vorsitzende wurden Zinke-Leipzig und Triemer-Chemnitz, als Schriftführer Werke-Chemnitz gewählt. Nach Erledigung der üblichen Formalitäten begrüßte namens der Zahlstelle Chemnitz dessen Vorsitzender Triemer den Gantag, dabei einen Überblick gebend über die Geschichte der Chemnitzer Arbeiterbewegung im allgemeinen und über die der Buchbinder und Kartonnagen im besonderen. Es war seiniger Boden, der in Chemnitz in jahrzehntelanger, intensiver Arbeit ein der Organisation vorbereitet werden mußte. Auch heute gibt es noch viel zu tun, um bessere Verhältnisse zu schaffen. Die im letzten Jahrzehnt erzielten Erfolge geben den Grund zu der schönen Hoffnung, daß es noch gelingen werde, der Zahlstelle Chemnitz den Platz zu verdrängen, der ihr nach Lage der Verhältnisse launig gebührt.

Die Tagesordnung lautete:

1. Unsere Verhältnisse im Gau 12. Referent Kollege Pfübe.
2. Aussprache.
3. Anträge, den Gau betreffend.
4. Anträge zum Verbandstag.
5. Verschiedenes.

Den Ausführungen des Kollegen Pfübe zum ersten Punkt sei folgendes entnommen:

Der Gantag in Limbach im Jahre 1906, verbunden mit einer Sächsischen Kartonnagenkonferenz, hat geradezu bahnbrechend gewirkt; ohne diese Tagung wären wohl heute noch eine große Anzahl Orte nicht soweit, wie sie heute sind, weil ohne die Tagungen von 1906 die Verhältnisse im Gau nicht genauer bekannt geworden wären. Die Verhältnisse im Gau haben sich seit 1906 entwickelt wie folgt: Mitglieder waren vorhanden 1906: männliche 2767 und weibliche 2441 = 5208 Mitglieder, 1912: männliche 4353 und weibliche 4147 = 8500 Mitglieder. Das ist eine Zunahme von 3292. Vertrieben kann dieser Mitgliederzuwachs insofern nicht, weil im Gau noch eine sehr große Anzahl Berufsangehöriger dem Verbande fernsteht. Im Gau werden etwa 24.000 Berufsangehörige vorhanden sein. Es bestehen jetzt 19 Zahlstellen. Altenburg und Göhrich wurden im Jahre 1910 dem Gau angegeschlossen. Neu gegründet wurden seit 1906: Burgstädt, Obersand-Neugersdorf, Grimma, Hartmannsdorf, Sebnitz, Zittau, Oberwiesenthal und Weizhen. Lohn- und Tarifbewegungen wurden geführt in Annaberg, Burgstädt, Chemnitz, Dresden, Falkenstein, Hartmannsdorf, Limbach, Plauen und Sebnitz. Pfübe besprach die Verhältnisse und die Entwicklung der verschiedenen Zahlstellen und deren Bewegungen. Einzelmitglieder im Gau 12 waren Ende des 3. Quartals 1912: 173 männliche und 103 weibliche, insgesamt 276 Mitglieder. Es sind zu prüfen und zu unterzeichnen die Verhältnisse in Buchbindereien, Buchdruckereien, Kartons- und Kartonnagen, Stabsbetrieben, Papierwaren- und Papierwarenfabriken. Die Buchbinderei ist vorherrschend in Leipzig; dort sind durch eine stramme Organisation Verhältnisse geschaffen worden, die weit über die Grenzen Leipzigs ihren günstigen Einfluß nicht verlieren. Auch die Tarifverhältnisse der Buchdrucker üben ohne Zweifel eine günstige Wirkung in aller Orten auf unsere Kollegen, die in Druckereien beschäftigt sind, aus. In der Kartonnagenbranche waren in den letzten Jahren sehr gute Resultate zu verzeichnen. Aber befriedigen kann das Verhältnis uns in den weitaus meisten Orten noch lange nicht. Gute Fortschritte sind zu verzeichnen in den Zahlstellen Annaberg-P., seit 1906 ein Gewinn von 209 Mitgliedern, Burgstädt 84, Chemnitz 246, Dresden

994, Scheuß-Schmölln 53, Limbach 96, Planen 171, Witzgen 221, Oberriesenthal 30 Mitglieder.

Es hat sich gezeigt, daß die Lohnverhältnisse eine bedeutende Verbesserung erfahren konnten. Die Druckbranche ist im Gau nur in Leipzig, Naumburg und Eisenburg vertreten. Hier trifft zum Teil dasselbe zu, wie bei den Luxusstoffbranchen; Akkorarbeit ist vornehmlich ohne einen guten Tarif. Papier- und Luxuspapierwarenbetriebe sind vorhanden in Leipzig, Dresden, Grimma, Jena. In dieser Branche liegen die Verhältnisse für unsere Kollegenchaft am allerschlechtesten. Geimachter und geogher Wechsel, veranlaßt durch schlechte Bezahlung, ist zu beobachten. Bessere Verhältnisse zu schaffen bezweckt ein Antrag vom Gauvorstand, eine Gaukassa zu gründen, zu der die Zahlstellen einen Beitrag leisten sollen. Die Gaukassa soll den Zweck haben, in den Fällen, wo der Verbandsvorstand nicht in der Lage ist, eingreifen zu können, diese Lücke auszufüllen. Die Agitation hat im vergangenen Jahre etwas brach gelegen, weil im Gau an sechs Orten der Bezirksleiter Lohn- und Tarifbewegungen zu führen hatte. Vom Gauvorstand und der Zahlstelle Chemnitz ist der Antrag gestellt, zu untersuchen, ob die Lage im Gau es erfordert, einen Kollegen anzustellen, der den Bezirksleiter insofern entlastet, indem ihm die Kassenangelegenheiten der Einzelmitglieder abgenommen werden, um mehr Zeit für die Agitation zu gewinnen. Auch die anderen Zahlstellen würden sehr gewinnen, wenn mehr Zeit für Agitation gewonnen würde. Schließlich legte die Kasse folgende Resolution zur Annahme vor:

„In der Erwägung, daß im Gau 12 die Mitgliederzahlen in den Zahlstellen und Gauen um ein bedeutendes gehoben werden können und müssen, wenn wir die Ziele des Verbandes — in erster Linie die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse — verwirklichen wollen, beschließt der Gau 12 zu Chemnitz, die Delegierten zu verpflichten, in ihren Orten durch planmäßigen Ausbau die Agitation und ein gediegenes gemeinsames Arbeiten zu fördern.

Als wirksamste Mittel hierzu bezeichnet der Gau 12:

1. Eine gute Zusammenfassung der Vorstände in den Zahlstellen ist anzustreben.
2. Regelmäßige Vorstandssitzungen sind abzuhalten und in gewissen Zeiträumen Sitzungen vertraulicher Art (Vertrauenspersonensitzungen) zu dem Zwecke, Kollegen und Kolleginnen für die Agitation heranzubilden, sowie eventuelle Streitigkeiten in den Versammlungen nicht aufkommen zu lassen.
3. Richtige, allumfassende Kenntnis der örtlichen Berufsverhältnisse durch statistische Erhebungen.
4. Bekämpfung der Katastrophen, um aus diesen kleine Entschädigungen zahlen zu können, vor allem aber um in Zeiten des Kampfes Mittel zur Verfügung zu haben.
5. Die Agitation für den Verband muß eine ständige sein. Branchen- oder Agitationskommissionen sind zu bilden, die in Gemeinschaft mit dem Vorstand der Zahlstelle und dem Gauvorstand Werkstatt- und Hausagitation usw. vorbereiten und treiben, die Presse bedienen und Material für Flugblätter sichten und solche schreiben.
6. Die Hebung der wirtschaftlichen Lage der Berufsangehörigen muß unsere vornehmste Aufgabe sein. Sie wird um so eher erreicht werden, je mehr die Delegierten in ihren Orten dahin wirken, die angeführten Punkte auszuführen.“

Den beifällig aufgenommenen, sehr instruktiven Ausführungen des Referenten folgte zunächst die Bekanntgabe der Wahlprüfungskommission, nach der der Gau 12 aus 29 Orten durch 41 Delegierte, darunter 3 weibliche, besetzt ist.

Dann folgte die Aussprache, die zugleich auf die den Gau betreffenden Anträge ausgedehnt wurde. Sie war sehr lebhaft und galt in der Hauptsache der Gründung einer Gaukassa und der Anstellung eines Beamten für Chemnitz sowie der Agitation. Von großem Ernst getragen und sachlich geführt äuferte die Aussprache in der einmütigen Annahme der Resolution. Es gelangten sodann folgende Anträge zur Annahme:

1. Der Gau 12 wolle der Gründung einer Gaukassa zustimmen und beschließen: Von den Einzelmitgliedern im Gau der 2., 3. und 4. Beitragsstufe 5 Pf. pro Woche Ertragsbeitrag zu erheben. Von den männlichen Mitgliedern der Zahlstelle sind 10 Pf. pro Jahr und Mitglied an die Gaukassa abzuführen.
2. Um eine intensiver und erfolgreiche Agitation betreiben zu können, wolle der nächste Verbandstag beschließen:

1. In allen Zahlstellen des Verbandes sind obligatorische Agitationsausschüsse zu wählen.
 2. Der Gau 12 wolle ein Gauregulativ beraten und zur Einführung bringen.“
- Diese Anträge waren vom Gauvorstand gestellt. Der Entwurf des Regulativs fand ebenfalls Annahme.

Von den Anträgen, die zum Verbandstag gestellt werden sollen, wurden folgende angenommen:

1. Mitglieder, welche durch Alter oder Invaliddität erwerbsunfähig geworden sind, werden von der Beitragsleistung entbunden und gelten als steuerfreie Mitglieder. (Zahlstelle Limbach.)

2. Der Gau 12 wolle untersuchen und erwägen, ob die Verhältnisse im Gau 12 es erfordern, in Chemnitz einen Beamten anzustellen, der zugleich die Kassenangelegenheiten im Gau für die Einzelmitglieder mit zu übernehmen hat. Und im behördenförmigen Falle einen diesbezüglichen Antrag an den Verbandstag zu Stuttgart stellen. (Zahlstelle Chemnitz.)

3. Der Gau 12 wolle beschließen, den Verbandsvorstand zu beauftragen, dahin zu wirken, in den Parteidruckereien möglichst Buchbinder einzustellen, damit vermieden werde, daß vorkommende Arbeiten von Maschinenmeistern oder gar von Hilfsarbeitern verrichtet werden. Werden Arbeiten außer dem Hause vergeben, sind diese nur an tarifstreue Buchbinderereien zu verabreichen, nicht an solche, die nur Verdrängungstreibe treiben. Die in Parteidruckereien beschäftigten Buchbinder sind nicht, wie meist bisher, als Hilfsarbeiter, sondern als qualifizierte Gehilfen zu betrachten, somit dem übrigen technischen Personal gleichzustellen und als solche zu entlohnen. Bei den alljährlich stattfindenden Geschäftsführerkonferenzen genannter Betriebe sind die Angelegenheiten der Buchbinder, wie die der übrigen Branchen, durch einen Vertreter der Organisation zu regeln. (Zahlstelle Jittau.)

4. Die Bezirksleiter unseres Verbandes sind, soweit sie nicht als stimmberechtigte Delegierte gewählt werden, vom Verbandsvorstand zu den Tagungen des Verbandstages zuzulassen. (Zahlstelle Planen.)

Nach einige Anträge, die Unterstützungseinrichtungen des Verbandes bezü. Erweiterung der „Buchbinder-Zeitung“ betrafen, wurden abgelehnt oder auf andere Weise erledigt. Zwei Telegramme von den in Heilbronn und Regensburg zur gleichen Zeit tagenden Gaukonferenzen fanden freundliche Aufnahme. Der nächste Gau 12 soll in Dresden abgehalten werden.

Nach Erledigung der Tagesordnung gab P f ü r e dem Wünsche Ausdruck, daß die ernste Arbeit des Chemnitzer Gau 12 gute Früchte im Interesse der Hebung der Lebenslage der Berufsangehörigen tragen möge und er verpflichtete die Delegierten, im Sinne der gefassten Beschlüsse in ihren Zahlstellen und Beschäftigungsarten tätig zu sein.

S i n k e gab noch einen Rückblick über die Entwicklung der Organisation im Gau Sachsen, der heute den vierten Teil aller Verbandskollegen umfaßt, beleuchtete in scharf gezeichneten Umrissen die harte Organisationsarbeit und ihre immerhin schönen Erfolge und schloß mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß jeder einzelne dahin arbeiten möge, daß sich das Heer der Indifferenten immer mehr degimiere. Mit einem dreifachen Hoch auf den Deutschen Buchbinder-Verband, in das alle Anwesenden begeistert einstimmten, schloß Z i n t e hierauf den Gau 12.

Jahresbericht des Gau 13.

Die wirtschaftliche Lage innerhalb unseres Gau 13 hat sich gegen das Jahr 1911 etwas gehoben und hierbei auch unseren Beruf zum Teil mitberührt. Besonders bemerkbar gemacht hat dies sich in den größeren Zahlstellen, wo Angebot und Nachfrage von Arbeitskräften stoff von Jtation ging. Dagegen ist der alte Mangel in den kleineren Orten immer noch nicht verschwunden: der überaus starke Wechsel der Kollegen. Es würde jedenfalls nicht allein im Interesse des Verbandes liegen, wenn die Kollegen sich einmal etwas länger am Platze aufhalten würden; auch ein persönlicher Vorteil für sie dürfte mit in Frage kommen. Ein starker Wechsel wirkt bekanntlich sehr ungünstig auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen.

In der Vorortzahlstelle M a n n h e i m - L u d w i g s h a f e n haben sich nennenswerte Verschiebungen im verfloffenen Geschäftsjahre nicht ereignet. Die Hauptaufgabe der Zahlstelle bestand darin, ein wachsendes Auge zu haben, daß der Tarif überall eingeführt wurde. Und es kann gesagt werden, daß dieses auch voll gelungen ist, obwohl es auch einige kleinere Betriebe gab, welche den Versuch gemacht haben, sich um den Tarif zu drücken. In der Mitgliederbewegung hat es ebenfalls Verschiebungen von Bedeutung nicht gegeben. Nur in der Kartonnagenindustrie muß die Agitation unter den Arbeiterinnen etwas besser entfaltet werden, zumal in diesem Jahre der Tarif zu erneuern ist.

Was wir im letzten Jahre über die Zahlstelle H e i d e l b e r g berichten konnten, trifft auch heute wieder zu. Durch die rege Agitation der Kollegen ist es gelungen, den Mitgliederstand auf 34 zu bringen. Es ist dies der höchste Stand, welcher seit Bestehen der Zahlstelle erreicht wurde. Wir wollen hoffen, daß es gelingt, den Reiz der Kollegen auch nach der Organisation zuzuführen. Gerade in Heidelberg ist es am Platze, die Lohn- und Arbeitsbedingungen in unserem Berufe einigermaßen den teuren Lebensverhältnissen anzupassen und wir haben die feste Ueber-

zeugung, daß die Kollegen ihr ganzes Können und Wollen daran setzen, dieses in Wäde zu erreichen. Niemand im Gau tritt die „Lehrlingszuchterei“ so froh zutage wie in Heidelberg. Sind doch nach dem Bericht der Gewerbebehörde nicht weniger als 14 Buchbinder- und 4 Freibergerlehrerlinge vorhanden. Wenn man die zirta 60 bis 65 Gehilfen dieser Zahl gegenüberstellt, so kann das jedenfalls als ein Mißstand bezeichnet werden. Ich mit dieser Frage zu befaßen, wird Aufgabe der nächsten Zeit sein.

Auch die Zahlstelle S a a r l o u i s hat sich gut erhalten. Wenn auch keine große Mitgliederzunahme erfolgt ist, so ist doch der Jwed der Organisation fester in die Kollegen eingewurzelt. Wohl dürfte, wie auch in allen anderen Zahlstellen, die Mitglieder etwas mehr an der Mitarbeit der Organisation sich beteiligen und nicht alles der Verwaltung überlassen. Denn nur dort, wo Mitglieder und Verwaltung Hand in Hand arbeiten, kann eine erprobte Arbeit geleistet werden.

Die Zahlstelle K a i s e r s l a u t e r n ist auch in bezug auf Mitgliederzunahme im Berichtsjahre nicht viel vorwärts gekommen. Der Hauptbestandteil der Berufsangehörigen befindet sich in Papierwarenfabriken usw., und es soll nach dem Bericht der Verwaltung schwer halten, Eingang zu finden. Wir haben nunmehr der Verwaltung für die nächste Zeit eine persönliche Mitarbeit bei der Agitation zugesagt und wollen hoffen, daß dieses auch von Erfolg sein wird.

Die Zahlstelle S t a n d e l hat ihren alten Bestand behauptet. Wenn auch keine neuen Mitglieder gewonnen werden konnten, so ist sie doch von einem weiteren Mißschlag verschont geblieben. Wir waren bemüht und werden es auch noch für die Folge sein, die Zahlstelle nach jeder Richtung hin zu unterrichten und hatten deshalb am 1. Dezember eine größere Hausagitation, an welcher sich auch Kollegen von der Zahlstelle M a n n h e i m - L u d w i g s h a f e n beteiligten, entfaltet, aber leider ohne direkten Erfolg. Die Erfahrung, welche wir hierbei machten, ist die alte; es sind viel leichter Kollegen für die Organisation zu gewinnen, welche noch nicht organisiert waren, als solche, die schon Mitglied waren und durch irgendwelche persönliche Momente ausgetreten sind.

Die Zahlstelle T r i e r, welche ihr erstes Lebensjahr hinter sich hat, kann mit Rücksicht auf die schwierigen Verhältnisse, welche dort für die Organisation bestehen, mit ihrem Fortschritt zufrieden sein. Allerdings stehen noch eine große Anzahl Indifferenten den 18 Mitgliedern gegenüber. Es ist jedoch zu hoffen, daß durch ein festes Zusammenhalten der Mitglieder weitere Streiter dem Verbands zugeführt werden.

Auch ein Teil unserer Vertrauensmannschaften hat sich gut entwickelt. In K e u n f i r c h e n und S a a r l o u i s ist es gelungen, eine Anzahl Mitglieder dem Verbands zuzuführen. In Saarlouis liegen die Verhältnisse ähnlich wie in Sandel. Es ist nur eine Firma da, welche hier in Frage kommt (Hausen u. Cie.). Obwohl dort auch eine Anzahl Buchdrucker stehen, ist trotzdem der Buchdruckerverband bis jetzt noch nicht in der Lage gewesen, sich Eingang zu verschaffen. Die Vertrauensmannschaft Saarlouis wurde im verfloffenen Geschäftsjahre errichtet. — In B i r m a j e n s ist ein Stillstand eingetreten. Wenn sich auch der Mitgliederstand in gleicher Höhe wie im Jahre 1911 gehalten hat, so müßte doch von den Mitgliedern selbst in puncto Agitation etwas getan werden. Eine am 12. Mai angesezte öffentliche Versammlung, in welcher Kollege B i s c h o f Bericht über die Kartonnagenkonferenz geben sollte, mußte leider wegen zu schwachen Besudes ausfallen. — In K e u n s t a d t und M r e u z n a c h sind nennenswerte Veränderungen nicht vorgekommen. Was in den früheren Berichten gesagt ist, trifft auch heute wieder zu. Es sind größere Betriebe nicht am Platze und infolgedessen konnten weitere Kollegen nicht in Frage.

Ueber die Vorgänge in G r ü n l a d t ist im Laufe des Jahres in der „Buchbinder-Zeitung“ immer berichtet worden, so daß sich an dieser Stelle eine Wiederholung erübrigt. Die Firma Schäffer bleibt nach wie vor für Mitglieder gesperrt, und mit diesem Mittel glauben wir am besten die Firma mit der Zeit auf einen anderen Standpunkt bringen zu können. Der unschuldsvolle Engel, Herr Profurij Oswald, wird auch mit der Zeit noch lernen müssen, daß man mit einer Organisation nicht gerade machen kann, was man will. Wenn er auch jetzt wieder seine Ehre durch das Gericht reparieren lassen will, so bleibt doch die Tatsache bestehen, daß er der „Wucher vom Ganzen“ ist. Erwähnen wollen wir noch, daß wir vor kurzem noch ein Flugblatt gegen die „Lehrlingszuchterei“ bei Schäffer in Grünstadt und Umgebung verbreitet haben und wir glauben, die Firma damit an einer empfindlichen Stelle getroffen zu haben.

I r c h e i m b o l a n d e n und B o r n s stehen noch auf dem alten Stand. Wir hatten uns wohl zu Anfang des Jahres zur Aufgabe gemacht, u. a. auch

auf diese beiden Orte unser Augenmerk zu richten, aber durch anderweitige Inanspruchnahme (Grünstadt usw.) sind wir leider nicht dazu gekommen. Das Besäumte soll jedoch baldigst nachgeholt werden. -- Was die anderen Orte, wo wir abwechselnd ein bis zwei Mitglieder haben, anbelangt, so läßt sich nicht viel sagen, da dies in den meisten Fällen nur „Durchgangsstationen“ für die reisenden Kollegen sind, welches Uebel wir ja schon einangs getadelt haben.

Am 1. Januar 1913 hatten wir einen Mitgliederbestand von 55 Mitgliedern. Diese verteilen sich auf folgende Orte: Reunfingen 7, Saarlouis 6, Pirmasens 6, Neustadt 5, Worms 4, Grünstadt 4, Kreuznach 3, Kirchheimbolanden 3, Böttingen, Schwabingen, Pruchal und Sulzbach je 2, Kreisheim, Weingarten, Speyer, Rodenburg, Rerzig, Pammthal, Dillingen, Oberlahnstein und Weinheim je 1.

Die Agitation wurde auch in diesem Jahre zum großen Teil auf schriftlichem Wege betrieben. So haben wir auch diesmal wieder an alle uns bekanntgewordenen Adressen Material nebst Begleitschreiben gesandt und auch zum Teil Erfolg davon gehabt. Es liegt nun an den Mitgliedern, daß sie uns noch mehr als bisher mit Adressenmaterial versehen, wenn sie nicht selbst in der Lage sind, agitatorisch zu wirken. Lud das ist doch jedenfalls keine so große Arbeit, was von ihnen verlangt wird. Besonders unsere Vertrauensleute müssen es als ihre Ehre ansehen, dafür zu sorgen, daß unser Mitgliederstand im Gaus mit an die erste Stelle innerhalb der Organisation gestellt werden kann. Wir wollen hoffen, daß der Gaus wieder neue Mittel und Wege finden wird, um die Agitation unter den noch Fernliehenden zu fördern.

Zur mündlichen Agitation war Unterzeichneter mehrmals im Berichtsjahr auswärts tätig: Am 11. Mai in einer öffentlichen Versammlung in Heidelberg, am 1. September gemeinsam mit Kollegen Weg-Frankfurt in Mandel, desgleichen, wie schon oben erwähnt, an der am 1. Dezember stattgefundenen Hausagitation in Mandel. Auch wurde von der Vorortabteilung mit dem Gauvorstand am 4. August ein Agitationsausflug nach Grünstadt unternommen. Aus Anlaß der Vorgänge in Grünstadt war ich viermal und Kollege Schmidt zweimal dort. Am 5. September wurde dort von unserer Seite aus eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung abgehalten, in welcher Kollege Kloth referierte. Ferner war noch Weg-Frankfurt am 26./27. Oktober in Heidelberg und Lippert am 12. Mai in Pirmasens.

Zur Friedigung der Gausgeschäfte waren sieben Sitzungen nötig; keiner zwei Sitzungen mit dem Zahlstellenvorstand. Das Zusammenarbeiten mit den Zahlstellenvorständen kann als ein gutes bezeichnet werden. Allen tätigen Kollegen danken wir für ihre Mitarbeit.

Mannheim.

H. Armbrust.

Internationales.

Norwegen. Der norwegische Buchbinderverband führt gegenwärtig in Kristiania eine Tarifbewegung, auf die er sich seit längerer Zeit gerüstet hat; denn schon seit dem Herbst wird von dem größten Teil der an der Bewegung Beteiligten ein Extrabeitrag zur Stärkung der Streikkasse erhoben. Die Unternehmer in Kristiania scheinen eine allgemeine Aussperrung der Buchbinder vornehmen zu wollen, um diesen einen ungünstigen Tarif aufzwingen zu können. Deshalb sei ausdrücklich vor Stellungnahme nach Kristiania gewarnt, vor Stellungnahme im übrigen Norwegen zu größter Vorsicht geraten.

Schweiz. Der 14. Verbandstag des Schweizerischen Buchbinderverbandes findet vom 10. bis 12. Mai in Luzern statt.

Korrespondenzen.

Wesperrt sind:

Deutschland.

Breslau (Firma M. Stragen u. Co.).

Grünstadt (Firma Schäffer).

Hagen i. W. (Firma Schlegel und v. d. Seyden).

Vor Arbeitsannahme nach nachverzeichneten Orten oder Betrieben ist besondere Ernennung bei den örtlichen Bevollmächtigten notwendig:

Hannover (Linierer).

Arnstadt (Buchbinder).

Chemnitz (Buchbinder).

Wirteln (Firma Rosenbergl; Aufsicht gibt der Gaubevollmächtigte in Frankfurt am Main).

Grünstadt. Nachdem sich die Firma Schäffer beharrlich weigert, ihrem Personal das Recht zuzugestehen, sich im Buchbinderverband organisieren zu können, ist der Betrieb für unsere Verbandsmittelglieder gesperrt! Werde niemand zum Sperrebrecher. Sperrebruch ist Streifbruch!

Düsseldorf-Köln. Der am 1. Januar 1909 in Kraft getretene Tarif für Köln und Düsseldorf, welcher bis zum 31. Dezember 1913 Gültigkeit hat, wurde am 29. März in beiden Städten durch die organisierte Gewerkschaft gekündigt.

Der Tarif wurde feinerzeit abgeschlossen zwischen dem Deutschen Buchdruckerverein in Köln und Düsseldorf, dem Vereinigten Buchbinder-Vereinen von Köln und Düsseldorf einerseits und dem Deutschen Buchbinder-Verband (Baststellen Köln und Düsseldorf), dem Graphischen Zentralverband (Christlich), Zahlstellen Köln und Düsseldorf und dem Gewerksverein (S.-D.), Ortsgruppe Düsseldorf, andererseits.

Diese drei in Frage kommenden Gewerksverbände haben jetzt gemeinsam den Tarif gekündigt, aber ihre Geneigtheit erklärt, in ein neues Tarifverhältnis einzutreten und das Tarifwert weiter auszubauen. Die Verhandlungen über den Abschluß eines etwaigen neuen Tarifes sollen tunlichst in der Zeit vom 1. April bis 31. Juli beendet sein, wie § 2 des jetzigen Tarifes vorsieht. Es ist anzunehmen, daß auch die Unternehmer bereit sein werden, einen neuen Tarif abzuschließen. Unsere Kollegen haben sich mit Erfolg bemüht, ihre Organisation auszubauen und ihre Reihen in jeder Hinsicht zu stärken. Sie gaben schon dadurch ein Zeichen ihrer Opferwilligkeit, daß sie die Lokalbeiträge bedeutend erhöhten, um für alle Fälle neben der Verbandstasse eine gute Lokaltasse zur Verfügung zu haben, um mit Ruhe den kommenden Dingen entgegenzusehen zu können.

Kaufbeuren. Tarifverneuerung in den vereinigten Munitionalen A.-G. Nachdem es 1907 in den vorbenannten Munitionalfabriken noch nötig war, mit einer dreitägigen Arbeitseinstellung der Firma den Beweis zu erbringen, daß es der Arbeiterchaft ernst sei mit der Forderung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, wurden dann im Jahre 1910, ohne daß es zu Differenzen kam, weitere Konzessionen der Arbeiterchaft durch die Firma gemacht, die zu einem neuen Tarif -- auf zwei Jahre -- führten. Bereits im April 1912 hätte auch dieser Tarif der Erneuerung unterlegen. Die erst kurz beendigte große Bewegung im Steinbrudergewerbe, schlechte Konjunkturbedingungen im Betrieb der Munitionalfabrik selbst, waren die Veranlassung, daß das technische Personal sich mit ihren Verbänden einverstanden erklärte, die Vertragsbeendigung auf ein Jahr hinauszuschieben.

Zeit schien es, als sei es auch in diesem Jahre nicht möglich, an die Firma wegen Tarifverneuerung heranzutreten. Die im Januar erfolgten großen Kaufkraft in Kaufbeuren, Füssen und Mindelheim blieben selbstverständlich nicht ohne bedeutende Einwirkung auf das Geschäftslieben dieser Bezirke und zogen auch die Munitionalfabrik mehr oder weniger in Mitleidenschaft. Wenigstens ließ ein Schreiben der Firma an die Gauleiter der in Betracht kommenden Verbände darauf schließen, das von diesen forderte, es mögen die Verhandlungen nicht wie im Vertrag vereinbart im Monat März dieses Jahres, sondern erst Ende Juni stattfinden. So gerne man nun diesem Wunsch der Firma Rechnung getragen hätte, so konnten sich die Arbeiter und Arbeiterinnen doch dazu nicht entschließen. Maßgebend hierzu war, daß der Tarif ohnedies schon ein Jahr länger lief und weiter bei einem Hinausverlegen des Verhandlungstermins man in die flane Zeit käme, wobei dann Zugeständnisse unter bedeutend größeren Schwierigkeiten zu erlangen gewesen wären. Die Firma selbst wiederum, die sich im Laufe der Jahre jedenfalls nicht zu ihren Ungunsten davon überzeugt hat, daß nur unter einem Tarif geordnete Arbeitsverhältnisse möglich seien, wollte aber eine tariflose Zeit nicht eintreten lassen und so fanden denn am 12. und 13. März die Verhandlungen statt, die nach 16 1/2-tägiger Dauer die Tarifverneuerung brachte.

Es muß betont werden, daß sowohl Herr Direktor Epermlinger, wie auch das Aufsichtsratsmitglied, Herr Müller, die seitens der Firma die Verhandlungen pflegten, in objektiver und sachlicher Weise die verschiedenen Wünsche der Arbeiter und Arbeiterinnen -- die vertreten wurden von den Gauleitern des Verbandes der Lithographen und Steinbruder, des Buchbinderverbandes und des Buch- und Steinbruderei-Gewerkschafts -- und -arbeiterinnenverbandes -- prüften. Wenn auch -- was selbstverständlich ist -- sie bei jedem einzelnen zur Verhandlung stehenden Punkte bis aufs äußerste die Interessen der Firma zu wahren versuchten, so muß aber doch konstatiert werden, daß sie sich den berechtigten Wünschen der Arbeiter nicht in einer Weise verschlossen, wie es sonst gang und gäbe ist. Wo man

sich aber besserer Einsicht nicht verschließt, da findet sich auch dann leicht ein Weg der Verständigung und das war hier der Fall. Außer der durch die Teuerung bedingten Erhöhung der Minimallohne wurden auch fast durchgehend die jetzt bestehenden Löhne einer Korrektur noch oben unterzogen, wobei insbesondere die ungelernete weibliche und männliche Personal mit ihren den Teuerungsverhältnissen nicht mehr angepaßten Löhnen besondere Berücksichtigung fanden. Die Löhne des gelernten Personals sollen dafür nach zwei Jahren einer nochmaligen Revision unterworfen werden. Die Arbeitszeit, die bisher noch 53 1/2 Stunden betrug, wurde auf 53 Stunden verkürzt. An den Vorabenden vor hohen Feiertagen wird ohne Lohnfözung nur 7 Stunden gearbeitet. Alle gesetzlichen Feiertage werden dem gesamten Personal begahnt. Die Urlaubsbeginnfrist, die sich bisher nur auf das gelernte Personal bezog, wurde erweitert auf einen Teil des weiblichen und männlichen Hilfspersonals. Weiter wurde auch die Arbeitsordnung, die den heutigen Verhältnissen nicht mehr entspricht, einer Korrektur unterzogen. Alles in allem können wir mit dem neuen Abschluß zufrieden sein.

Die Versammlung des Gesamtpersonals, die am Abend des 13. März tagte und das Ergebnis der zweitägigen Verhandlungen entgegennahm, erklärte sich dem auch einstimmig mit dem Erreichten, das ohne Zweifel einen weiteren Schritt nach vorwärts bedeutet, einverstanden. Der Tarif tritt am 31. März in Kraft und endigt am 31. März 1916. Möge die Arbeiterschaft der Munitionalfabriken Kaufbeurens das Erreichte auch durch festen Zusammenhalt in ihren Verbänden hoch halten, als organisiert Arbeiter aber auch zeigen, daß sie sich aber der eines organisierten Arbeiters würdigen Pflidterfüllung unter Wahrung ihrer Rechte nicht entziehen.

Limbad-Oberrohrna. Nachdem die ersten Verhandlungen mit den Unternehmern als gescheitert zu betrachten waren, reichten circa 95 Prozent der hier beschäftigten Kartomager am 14. März die Kündigung ein. Dies schien den Prinzipalen etwas dorb auf die Nerven gefallen zu sein, denn schon am 17. März fanden wiederum Verhandlungen statt. Bei Eröffnung derselben wies der Vorsitzende der Arbeitgebervereinigung darauf hin, daß die gegenseitigen persönlichen Beziehungen keinen Zweck hätten und durch gegenseitige sachliche Verständigung eher etwas zu erreichen sei. Die Verhandlungen, die bis spät nach Mitternacht dauerten, zeigten trotzdem das erwünschte Resultat nicht. Obwohl die Zugeständnisse etwas bessere waren, konnte sich die Arbeitnehmerkommission damit nicht einverstanden erklären. Sie wollte die Zugeständnisse einer Versammlung unterbreiten.

Die Kartomager hielten daraufhin am 19. März wieder eine öffentliche Kernsversammlung ab, in der Fröhe-Chemnitz referierte. Die Versammelten waren von den gemachten Zugeständnissen keinesfalls erbaut. Sie beauftragten die Kommission, nochmals mit den Unternehmern zu verhandeln. Unser Vorsitzender, der dem Vorsitzenden der Arbeitnehmerkommission persönlich die Forderungen unterbreitete, bewirkte für den 20. März nochmals eine Zusammenkunft der Fabrikanten. Im Eiltempo, durch Telefongespräche mit dem Gauleiter und unserem Vorsitzenden wurden weitere Zugeständnisse in den Altersklassen von 20 Jahren bis über 25 Jahren erzielt. Die hiesigen Fabrikanten hatten es nunmehr sehr eilig, sie erwarteten eine endgültige Antwort noch am selbigen Abend. So mußte unser Vorsitzender mit Genehmigung seines Chefs von Betrieb zu Betrieb eilen, um die Kollegen zu der am Abend stattfindenden Versammlung einzuladen.

Diese hochwichtige Versammlung fand unter guter Beteiligung statt. Mit Spannung lauschte man den Ausführungen des Kollegen Fröhe und beschloß, die uns einigermaßen zufriedenstellenden Lohnaufbesserungen und Arbeitszeitverkürzung anzunehmen. Wenn in bezug auf die Arbeitszeit das Gewünschte nicht erreicht wurde, so ist bedauerlicherweise daran nicht schuld, daß der größte Teil der hiesigen Zertilarbeiter noch bis zu 61 Stunden arbeiten. Lohnaufbesserungen wurden erreicht in Höhe von 1 Mk. bis 3 Mk. Auf den Tarif an sich kommen wir noch zurück.

Kollegen von Limbad und Oberrohrna, seid auf dem Posten und haltet fest zur Organisation, damit das in unserem Tarif Festgelegte aufrecht erhalten wird. Denn es ist nicht ausgeschlossen, daß bei Niedergang der Konjunktur von einzelnen Prinzipalen versucht wird, den Tarif zu durchbrechen. Helfe ein jeder Kollege mit an guten Werk, dann wird das Erreichte jedem und allen von Nutzen sein.

Leipzig. In der Grabieranstalt von Rudolf Zomml, A.-Meduit, in der man sich seit längerer Zeit auch auf die Anfertigung von Mellemelaplatten gelegt hat, ist dem gesamten Prägerepersonal gekündigt worden. Als Grund der Kündigung wurde

dem Personal die bisher gezahlten „hohen“ Löhne angegeben, mit denen das Geschäft nicht mehr bestehen könne, obwohl die Gehältern mit diesen durchschnittlich nicht mehr als etwa 30 Mk. wöchentlich zu verdienen vermochten.

Samburg. Unbefriedigende Lohn- und Arbeitsverhältnisse führten dazu, daß in der Kartonagenfabrik von Johannes Wendt 17 Kartonagenarbeiterinnen die Arbeit niederlegten. Vor allem gab das Bestreben des Meisters Heins, die Affordträge beständig herabzusetzen, so daß die Arbeiterinnen nur einen Wochenlohn von 6, 7, 8 und 9 Mk. herausholen konnten, Anlaß, daß die Arbeiterinnen zur Arbeitsniederlegung schritten. Sechs Arbeiterinnen konnten bei angestrenzter Tätigkeit bis zu 12 Mk. und nur zwei Arbeiterinnen bis zu 15 Mk. verdienen. In der schlechten Entlohnung kommt noch ein ganz rigoroses Strafsystem, wie es heute wohl in keinem großstädtischen Betriebe mehr zu finden sein dürfte. Bei der geringsten Gelegenheit regnet es Geldstrafen; für Umsehen bei der Arbeit werden 50 Pf. Strafe abgezogen, ebenso für Sprechen oder Singen und dergleichen. Es kam vor, daß Arbeiterinnen bis zu 2,10 Mk. in der Woche abgezogen wurde, so daß Mädchen, die einen Wochenlohn von 10 Mk. hatten, mit 8 Mk. nach Hause geschickt wurden. Der Vertreter unseres Verbandes, der sich der Arbeiterinnen, die es bisher verkannt hatten, sich zu organisieren, annahm, und bei der Firma zu vermitteln suchte, wurde von Herrn Wendt mit der Bemerkung abgewiesen, daß genügend Arbeitskräfte vorhanden seien, die für den geringen Lohn gern arbeiten wollen.

Samburg-Nitona. In der Mitgliederversammlung vom 17. März verlas der Vorsteher eine Erklärung des Vorstandes, worauf Genosse Kaufmänn das Wort zu einem Vortrage über „Menschenwert und Menschenrecht“ erhielt. Der Vortrag wurde beifällig aufgenommen.

Haupt und Binär wandten sich gegen die Erklärung des Vorstandes, ein Antrag des ersten, wonach vor dem 15. April, dem Tage der ordentlichen Generalversammlung, eine Generalversammlung mit der Tagesordnung: „Neuwahl des Vorstandes“ einberufen werden soll, wurde angenommen. Vorstand gab den Kartellbericht. Der Punkt „Vollstuforga“ wurde von der Tagesordnung abgesetzt, da die Sache in der Kartellversammlung noch nicht geklärt ist. Mütter berichtete über einige Lohnbewegungen in der Kartonagenbranche hier am Ort und über die günstigen Fortschritte in der Agitation in diesem Quartal, die sich bis jetzt in circa 160 Neuaufnahmen äußern.

Stuttgart. Am 17. März fand unsere gut besuchte Mitgliederversammlung statt. Zum ersten Punkt der Tagesordnung: „Anstellung eines zweiten Verbandsbeamten für Stuttgart“ referierte Hägele. Redner führte in seinen trefflichen Ausführungen den Mitgliedern die Entwicklung der Zahlstelle Stuttgart vor Augen und verfolgte speziell die Mitgliederzunahme von der Anstellung des Kollegen Frey ab. Darans war zu ersehen, daß bei der Anstellung des Kollegen Frey im Jahre 1905 rund 1100 Mitglieder vorhanden waren, welche sich dann im Laufe von 6 Jahren um rund 300 Mitglieder steigerte. Die gleiche Zunahme von 300 Mitgliedern haben wir aber seit Mai vorigen Jahres zu verzeichnen. Mit der Steigerung der Mitgliederzahl haben sich auch die Arbeiten im Bureau immer mehr und mehr angehäuft, dazu kommen noch neue Unterstützungsrichtungen, sowie auch die Vollstuforga. Der Vorstandsvorstand hat uns weiter zur Pflicht gemacht, öftlich von Stuttgart die Agitation zu betreiben. Dieser Pflicht wollen wir auch nachkommen und mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln mit der Hausagitation weiterfahren und weitere Fortschritte und Erfolge erzielen. Denn nicht mit Unrecht weisen uns unsere Prinzipale auf die Schmutzkonferenz hin. Man muß dabei bedenken, daß unsere Prinzipale sich im Recht befinden, wenn man in Betracht zieht, daß die Betriebe, die vor einigen Jahren nach 3-4 Gehilfen hatten, ihr Personal auf 40-50 Personen erhöht haben. Da die Arbeiten immer mehr in die Provinz hinausgezogen werden, wird die Arbeitslosigkeit in den Großstädten immer eine größere werden, deshalb ist es unsere dringende Aufgabe, die Provinzkollegen nach vor 1916 der Organisation zuzuführen, sie zu neuen Kämpfern heranzubilden, damit wir nicht, wenn wir im Jahre 1916 in eine Lohnbewegung eintreten, ein Heer von Streikbrechern hinter uns haben. Das alles aber muß vorbereitet sein, und kann man von unserem einen Beamten nicht verlangen, der schon ohnehin mit Arbeit berast überlastet ist, daß er seine Arbeitszeit auf 10-11 Stunden ausdehnen muß. Wenn wir mit Hilfe der kommenden Tarifbewegung entgegenzusetzen wollen, müssen wir die uns noch fernstehenden Verbandsangehörigen zu Klassenbewußten Arbeitern erziehen.

Der Vorsitzende verlas folgende Resolution, welche in einer erweiterten Vertrauensmännerversammlung bei einigen Stimmeneinstimmungen angenommen wurde:

„Die am 7. März tagende Konferenz der Funktionäre der Zahlstelle Stuttgart (Vertrauensleute, Tarifkommission, Agitationskommission und Ortsverwaltung) stellen an den Verbandsvorstand und Ausschuß den Antrag, für Stuttgart einen zweiten Beamten anzustellen.“

Die Konferenz läßt sich bei diesem Antrag von folgenden Gesichtspunkten leiten:

Die ständige Steigerung der im Bureau der Zahlstelle Stuttgart anfallenden Arbeiten kann auf die Dauer dem einzigen Angestellten der Zahlstelle nicht mehr aufgebürdet werden. Die Zahlstelle Stuttgart hat die Mitgliederzahl von 1600 überschritten und die seit einem Jahre betriebene rege Agitation, die unbedingt fortgesetzt werden muß, läßt noch eine weitere wesentliche Steigerung erwarten. Dieser Art der Agitation kann aber amöglich von dem einzigen Angestellten der Zahlstelle mit der notwendigen Gründlichkeit vorgearbeitet werden.

Als ein weiteres wesentliches Moment ist aber auch die Erhaltung der gewonnenen Mitglieder zu betrachten.

Die Agitation öftlich von Stuttgart, die von Stuttgart aus betrieben werden muß, ist ein weiterer Grund zu dem Verlangen nach einem zweiten freigestellten Kollegen, der zugleich auch Bezirksleiter für Württemberg sein soll. Hier ist noch ein so großes Tätigkeitsfeld offen, das auf die Dauer nicht mehr brach liegen darf. Dazu kommt, daß die bis jetzt völlig ungenügend organisierte Provinz eine ständige Gefahr der Tarifbewegungen bildet.

Die Arbeitszeit des jetzigen Angestellten von täglich 10-11 Stunden widerspricht den Tendenzen unseres Verbandes. Wir müssen unbedingt verlangen, daß unsere Angestellten so viel freie Zeit erhalten, daß sie die für ihre Stellung notwendige Weiterbildung und Verbesserung aller in das sozialwirtschaftliche Gebiet fallenden Tagesfragen sich aneignen und vornehmen können.

Aus diesen Gründen stellt die Konferenz den Antrag auf einen zweiten Beamten und ersucht Verbandsvorstand und Ausschuß, diesem Antrag beizutreten und in Walde die Stelle auszufüllen.“

In der lebhaftesten Diskussion wurde von jedem Redner die Notwendigkeit der Anstellung einer weiteren unabhängigen Person anerkannt, jedoch verwiesen einige darauf, ob es nicht von Vorteil wäre, wenn der Kollege Schröder von seiner dunklen Schwarzwaldbede „Lahr“ nach Stuttgart verlegt werden könnte, da er nach Ansicht der Redner am ganz vorzuziehenden Platz liege.

Nachdem der Referent in seinem Schlußwort die Bedeutung einzelner Diskussionsredner zerstreut hatte, wurde der Antrag sowie die Resolution mit 52 gegen 11 Stimmen bei einigen Stimmeneinstimmungen angenommen.

Unter „Mittelungen“ gab der Vorsitzende das Arrangement zum Verbandstage bekannt, was auch von der Versammlung gutgeheißen wurde. Am 7. April findet unsere nächste Mitgliederversammlung statt, in der die Anträge zum Verbandstag behandelt werden. Am Schluß der Versammlung gab der Vorsitzende bekannt, daß der Buchbinder-Männerchor in seiner letzten außerordentlichen Generalversammlung den Austritt aus dem Deutschen Arbeiter-Längerbund mit großer Mehrheit beschlossen habe. An diese Bekanntmachung schloß sich eine sehr lebhaft geführte Debatte.

Rundschau.

50 Jahre Buchbinderergelände. Das 50jährige Gedenkjahr beginnt am 29. März unser Mitglied Kollege Ludwig Woller in Berlin. Woller zählt zu den Gründern unseres Verbandes, welche im Jahre 1910 auf eine mehr als 25jährige Zugehörigkeit zur Organisation zurückblicken konnten. Sein Jubiläum begeht Woller noch in voller Mithätigkeit und wünscht wir, daß ihm diese recht lange erhalten bleibe.

Fr. Weiger f. Am 22. März ist Friedrich Weiger, seit einigen Jahren der verdienstvolle Vorsitzende unserer Zahlstelle Hanau a. M., gestorben. Im letzten Jahre immer kränklich, ist er doch mit allem Eifer bis zuletzt einer der ersten gewesen, wenn es galt, für den Verband tätig zu sein. Vor seinem Eintritt in den deutschen Buchbinderverband im Jahre 1910 gehörte er mit zu den ältesten Mitgliedern des Fachvereins der Einzelarbeiter Hanau. Seit dem Jahre 1911 stand er an der Spitze der Zahlstelle Hanau a. M., die unter seiner Leitung sich ruhig, aber um so sicherer entwickelte und die mit zu den bestverwalteten Zahlstellen unseres Verbandes gezählt werden kann.

Die Tätigkeit Weigers äußerte sich nicht in lauter und aufdringlicher Weise, sein Schaffen war im Gegenteil ein ernstes, stilles, aber immer erfolgbringendes. Die Kollegenchaft Hanau wird seine fleißige Tätigkeit recht vermissen und vor

allen Dingen die Einzelarbeiter Hanau, die ihm ganz besonders am Herzen lagen, mögen sich seiner noch recht oft erinnern und seines Wirkens zum Wohle der Zahlstelle gern und oft gedenken. Es geht, Streitigkeiten zu schlichten, oder ob es galt, Lohnbewegungen zu führen. Kollege Weiger war immer bereit einzugreifen, wenn das nötig war.

Netzt ist es ein Streiter weniger, doch sein Gedenken wird die Kollegenchaft Hanau anspornen, in seinem Sinne weiter tätig zu sein.

Von der christlichen Gewerkschaftsbewegung.

Der Bericht des Ausschusses des christlichen Gesamtverbandes für 1912 ist jetzt im christlichen Zentralblatt veröffentlicht worden. Wenn man sich die bekannten Vorkommnisse in der christlichen Gewerkschaftsbewegung im Berichtsjahr vor Augen hält, dann muß man sagen, daß der Bericht wie immer — gründlich mager ausgefallen ist. Die Ursache hierfür liegt in der Stagnation der christlichen Gewerkschaftsbewegung. Die wirtschaftliche Hochkonjunktur geht vorüber und die christlichen Gewerkschaften haben organisatorisch von ihr nichts profitiert. Indessen eilten die deutschen Arbeiter den freien Gewerkschaften zu Hunderttausenden zu. Und was für die christliche Gewerkschaftsbewegung das schlimmste ist, daß gerade solche Verbände nicht vorwärts kamen oder gar zurückgingen, die innerhalb der christlichen Bewegung von Bedeutung sind. Die Stärkung solcher Organisationen, die auf das Streikrecht Verzicht geleistet haben, kann man nicht als eine Kräftigung des gewerkschaftlichen Gedankens auffassen. Will die christliche Gewerkschaftsbewegung ein Faktor sein, mit dem die Welt rechnen soll, dann muß sie in den Hauptberufen (Bergbau, Metallindustrie, Baugewerbe usw.) zeigen, was sie leisten kann. Auch auf dem Gebiete der Organisation.

Der Bericht stellt den Ruhrbergarbeiterstreik in den Vordergrund seiner Kritik. Wir können das verstehen, vermessen aber den Hinweis, daß dieser Streik der Entwicklung der christlichen Gewerkschaftsbewegung stark im Wege gestanden hat. Statt dessen gibt der Bericht den Bergarbeitern gute Lehren, wie gestreikt werden muß. Spontan ausbrechende Bewegungen seien gewerkschaftlich nicht zu dulden, Kämpfe bürten nur auf dem Boden der Rechtslage angefochten werden usw. Und um ein Musterbeispiel zu geben, wie Lohn- und Streikbewegungen zu führen sind, wird die Lohnbewegung des christlichen Gewerkschaftsvereins der Bergarbeiter im Saargebiet angeudelet!

Dann beklagt der Bericht, daß der neugegründete christliche Landarbeiterverband, der unter der Führung Wehrens steht, auf den Widerstand der Agrarier stoßt. Dabei ist Wehrens Mitglied des Bundes der Landwirte, besonderer Liebhaber der Konservativen, die ihm zu Abgeordnetenmandaten verhelfen. Wehrens will von einem Streikrecht der Landarbeiter nichts wissen, nicht einmal von einer anderweitigen vernünftigen Anwendung des Koalitionsrechts. Was er will, ist, daß die Inflation, der freien Gewerkschaften auf dem Lande verbietet werden muß. Die reaktionären Agrarier tun gewiß der christlichen Gewerkschaftsbewegung unrecht, wenn sie diese nicht unterstützen. Schließlich kommt doch nur ihnen die Tätigkeit Wehrens in der christlichen Landarbeiterbewegung zugute.

Ferner bespricht der Bericht das bekannte Gegenseitigkeitsverhältnis der christlichen Gewerkschaften mit den kirchlichen Dunderschen Verbänden, das jetzt allerdings immer mehr in die Brüche geht. Jede der beiden Gewerkschaftsrichtungen erwartet aus diesem Verhältnis heraus Gewinn für sich. Der ist ausgeblieben, für die eine wie für die andere Richtung. Beiden Richtungen fehlt das Mark, die innere Werbekaft und beide können nur durch vielseitige Doktorstunt künstlich aufrecht erhalten werden. Es ist uns darum unverständlich, wenn christlicherseits immer darauf hingewiesen wird, daß die christlichen Gewerkschaften aus der Notwendigkeit und auch aus den Bedürfnissen der deutschen Arbeiterklasse heraus geboren sind. In Wirklichkeit wollen die deutschen Arbeiter in ihrer überwiegenden Mehrheit nichts davon wissen, sie lehnen die christlichen wie die kirchlichen Dunderschen Gewerkschaften ab. Vernünftig denkende Gewerkschaftsführer würden aus diesem Verhalten der deutschen Arbeiter die nötigen Schlüsse ziehen und solche Organisationen aufgeben; aber Jersplitterer der Arbeiterbewegung tun das nicht.

Von dem katholischen Gewerkschaftsleiter sagt der Bericht, daß dieser der Sozialdemokratie die Sägen in die Kirche getrieben habe und daß die kirchliche Autorität im katholischen Lager den schwersten Erschütterungen ausgesetzt wurde. Mag sein, aber der Gewerkschaftsstreit hat auch die christlichen Gewerkschaften müde gemacht, wie die fortgesetzten Streikbrecherien beweisen. Es ist geradezu ein Skandal, wie sich christliche Verbände in Lohn- und Streikbewegungen der Arbeiter und

selbst bei Aussperrungen durch Unternehmer aufzuführen. Der fortgesetzte Verrat ist wohl die Folge davon, daß die freien Gewerkschaften die christlichen in den Tarifbewegungen durchschleppen, daß die christlichen Arbeiter ihre wirtschaftlichen Vorteile in einer Linie mit den freien Gewerkschaften verdanken? Ohne diese wären die christlichen Organisationen zu ohnmächtig, um etwas Durchgreifendes für ihren eigenen Anhang zu schaffen! Wie wollen die christlichen Arbeiter Achtung erringen, wenn sie sich auf die Aufforderungen ihrer Führer und deren Hintermänner hin fortgesetzt zu den infamsten Handlungen gegen die eigenen Arbeitsbrüder fortziehen lassen? Fürwahr, die christlich-gewerkschaftliche Erziehung hat „herrliche“ Früchte gezeitigt, statt Solidarität schafft sie die Demoralisation in die Arbeiterklasse hinein. Und dann stellen sich die christlichen Meeresführer hin und greifen, weil ihnen die Millionen Arbeiter die wohlverdiente Verachtung entgegenbringen.

Was sonst der Bericht noch erwähnt, hat wenig Bedeutung. Die Berichte der einzelnen Sekretäre, die dem vorliegenden Gesamtbericht angeschlossen sind, bewegen sich im gleichen Fahrwasser wie immer. Hat der Verfasser des Hauptberichtes es nur zu einer fadensteichigen Klarstellung der Vorkommnisse im christlichen Gewerkschaftslager gebracht, was soll man von den einzelnen Sekretären besseres verlangen. Ihren Berichten entnehmen wir, daß in Bayern 50.548, in Baden 10.100, in Württemberg

10500, in Norddeutschland 8546 Mitglieder vorhanden waren. Das ist eine Mitgliederzahl, wie sie die verschiedenen Kartelle der freien Gewerkschaften in einzelnen Städten aufweisen. Nur in Rheinland-Westfalen gelten die christlichen Gewerkschaften noch etwas, aber auch hier sind sie von den freien Verbänden weit in den Hintergrund gedrängt worden. Wer von einer Macht der christlichen Gewerkschaften in Deutschland spricht, verdient also unser Mitleid.

Adressenänderungen.

Unterstützungs-Auszahler.

Brieg. R. Borasch, Lange Straße 12 S. I, von 12-1 und 6-7 Uhr.

Briefkasten.

Fr. S. in A. Das ist uns nicht bekannt; da müssen Sie schon bei einer größeren Spezialfabrik für Buchbindereimaschinen direkt anfragen. A. Krause, Leipzig-Anger.

Zurückgestellt wegen Raumangels wurden: Zweck und Bedeutung der Genossenschaften (Die Förderung unserer Gewerkschaftsarbeit durch die Konsumentenorganisationen); Bericht vom Gantag des Gau 14/15; Aus der Kartonnagenbranche; Mehrere Zuschriften „Zum Verbandstag“.

Abrechnung

vom Streik in Mainz
(13. bis 25. Januar).

Einnahme.

Aus der Zentralkasse erhalten	700,—	MT.
Von den laufenden Mitgliederbeiträgen verwendet	6,73	„
Aus der Lokalkasse	175,27	„
	882,—	MT.

Ausgabe.

Streikunterstützung an:		Zentralkasse	Lokalkasse
3 verheiratete Arbeiter	101,83	MT.	MT.
2 ledige Arbeiter	39,25		8,98
33 Arbeiterinnen	270,87		146,67
Unterstützung für 10 Kinder	19,88		2,62
Für Fortschaffung Zugereister	25,90		—
Flugblätter und Annoncen	137,90		—
Porto und Schreibmaterial	15,35		—
Agitation und Versammlungen	35,36		—
Telephongebühr	4,35		—
Sitzungsgelder	23,64		—
Fahrtgeld	2,90		—
Entschädigung der Streikleitung	30,—		—
	706,73		176,27

J. Ebert. S. Goll.
Revidiert: S. Meyer.

ANZEIGEN

Zentral-Kranken- u. Begräbniskasse d. Buchbinder etc. (Eingeschr. Hilfsk.) Sitz Leipzig

Am 1. Ostertag starb nach langem Leiden unser altes, treues Mitglied, der Vergolder
Otto Scharf.
Wir werden den Verstorbenen in gutem Gedenken behalten.
Verwaltungsstelle Altenburg.

Deutscher Buchbinder-Verband.

Am 15. März verschied das ehemalige Vorstandsmitglied, der Kollege
Walter Leopold
in seinem Elternhause in Zeitz im Alter von 29 Jahren.
Sein Andenken werden wir stets in Ehren halten.
Zahlstelle Halle a. S.

Unserer werten Kollegin **Sulba Böhrner** zur Vermählung mit Herrn **Wich. Deller** die herzlichsten Glückwünsche.
Zahlstelle Zeitz.

Mitteil verspätet.
Unserer lieben Kollegin **Fräulein Hedwig Hofmann** nebst Bräutigam die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung.
Zahlstelle Burgstädt.

Zahlstelle Erlangen.
Unsern Kollegen **Heinrich Böh** und der Kollegin **Elise Weiß** zur Vermählung die besten Glückwünsche.
Die Ortsverwaltung.

Uns. lieb. Kol. **Marie Nothaupt** zur Vermähl. m. Herrn **August Frankenburg** die herzgl. Glückwünsche. Das org. Personal d. Buchbind.-Abtg. d. Fa. A. Osterlith, Frankfurt a. M.

Ein flottgehendes **Papiergeschäft**, ohne Warenlager, ist 1. Juli d. J. anderweitig zu vermieten. Pr. jährl. 400 Mark mit H. Wohnung in **Industriestadt** Sachl. Offerten unter **L. G. 9012** an **Hudolf Woffe, Leipzig**, erbeten.

Am Sonnabend, den 22. März, verstarb nach langem Leiden unser l. Vorführender, der Kollege
Friedrich Geiger
im Alter von 59 Jahren.
Wir verlieren in dem Verstorbenen einen der Besten unserer gerechten Sache. Fast ein Menschenalter, wenn auch mit einer kleinen Unterbrechung, stand Kollege Geiger mit an erster Stelle in der modernen Arbeiterbewegung. Weit über die Grenzen hinaus wird der Tod dieses Braven von seinen Kollegen und Kolleginnen betrauert werden. Hat er doch durch seinen unermüdblichen Eifer verstanden, sich das unbeschränkte Vertrauen seiner Kolleginnen und Kollegen zu erwerben. Das Wirken unseres Kollegen Geiger wird für uns stets ein leuchtendes Beispiel sein. Wir geloben dem Verstorbenen, in seinem Sinne weiter zu arbeiten und sein Werk weiter zu fördern.
Zahlstelle Hanau a. M.

Neuheit! Beste Münchener **Velour-Schreibkreide HO** **Marke Pfeiling.**

Runde Form — spitzt sich von selbst —
Liefert in allen Farben, garantiert sand- u. giftfrei
Dr. Herrn. Ostermaier, Chem. Fabrik, München 23.
Agenten i. all. Städten d. In- u. Auslandes gesucht.

Berlin.

Arbeitslosen-Zuschußkasse für Buchbinder u. verw. Berufe.

Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß Arbeitslosenunterstützung nur für **7 Tage auf einmal**, und nur an das in Betracht kommende **Mitglied selbst** — gegen Versicherung der Arbeitslosentage — im **Kassenlokal Baum, Stallschreiberstraße 17**, in der Zeit von **6 bis 8 Uhr abends** ausgezahlt wird.
Beiträge werden im **Kassenlokal** und in den **Zahlstellen**
Manzen, Reichenberger Straße 16
und **Hippeler, Hollmannstraße 16**
jederzeit entgegengenommen.
Der Vorstand.

Geschichte des Deutschen Buchbinder-Verbandes und seiner Vorläufer. 1. Band

Preis für Mitglieder 2,30 Mt., für Nichtmitglieder 3,30 Mt.
Der Versand erfolgt nur nach Voreinsendung des Betrages. Geldsendungen sind nur an **E. Hausen, Berlin S. 59, Urbanstraße 63 I.** zu richten.

Gesucht per sofort geübte
Hefterin
für Buchdrabstheftmaschine. Bezahlung nach Leipziger Tarif.
Mohr & Meder,
Frankfurt a. Main, Röhrdorferstr. 18.

Tüchtige Goldaufträgerin
Sucht in dauernde Stellung bei höchstem Lohn
C. H. Schwabe, Buchbinderei, Stuttgart, Tübinger Straße 83.

Behrgold, Goldwatte sowie alle Gold- u. Silberabfälle werden ausgeschmolzen, auf Feingehalt probiert und angelaut. Auch kann Feingold, gewalzt, von mir à Gramm für 2,81 Mt. bezogen werden.
Gold- und Silberschmelzwerk H. Haupt, Dresden, Weissenaustr. 6.



TH WINCKLER

Kostenfreier Arbeitsnachweis für Buchbinder
O. Th. Winckler, Leipzig

Inserate finden nur Aufnahme wenn ihnen der Betrag beigelegt ist.